

Volksmacht

Die Volksmacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag u. Freitag. Abonnementspreis, mit der Beilage: Die Neue Welt, monatlich 40 Pfg., vierteljährlich 1,20 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5 Pfg. Botenlohn. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,35 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

Insertionsgebühr die sechs gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Sprechstunden der Redaktion an allen Wochentagen 12-1 Uhr mittags.

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Redaktion und Expedition:
Paradiesgasse Nr. 32

Organ für die werklätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion
und Expedition 2537

Nr. 90.

Danzig, den 6. November 1912.

3. Jahrgang.

Die Internationale gegen den Krieg.

Das internationale sozialistische Bureau erläßt folgendes Manifest:

Das Internationale Sozialistische Bureau spricht seinen tiefsten Abscheu aus vor dem Massenmord, der sich zurzeit auf dem Balkan vollzieht, und sendet den Sozialisten der Balkanländer die warmste Anerkennung für den Heldennut und die Prinzipientreue, die ihnen die Kraft verliehen hat, unter den schwierigsten Verhältnissen gegen den Krieg zu protestieren. Wir erklären, daß hinter den berechtigten Bedürfnissen der Völker des Balkans nach nationaler Einigung und Selbstbestimmung und nach Beendigung des bisherigen Zustandes, der sie zu Vassallen Rußlands und Oesterreichs degradiert, sich die Interessen der Dynastien und die Begehrlichkeit der Kapitalisten verbergen. Es sind nicht die Interessen der arbeitenden Klassen, sondern der Kapitalisten und Fürsten des Balkans, die dahin drängen, politische Veränderungen auf dem Wege des Krieges herbeizuführen. Die Interessen der arbeitenden Klassen, die auch die Selbstbestimmung der Nation in sich schließen, erheben nicht den Krieg, sondern die fortschreitende Demokratisierung und Revolutionierung der Staaten des Balkans — eingeschlossen die Türkei. Nur auf diesem Wege war ohne Völkerverheerung, ökonomischen Ruin und Blutvergießen sowie an Völkeremanzipation auf dem Balkan zu erreichen, als unter den gegebenen Verhältnissen überhaupt möglich ist.

Die kapitalistischen und monarchistischen Interessen waren unvereinbar mit der Methode der Befreiung der Balkanvölker; schon dies machte den Krieg unvermeidlich, für dessen Greuel jene herrschenden Klassen verantwortlich sind. Außerdem trägt daran eine schwere Schuld der russische Absolutismus, der seit jeher sich der nationalen Aspirationen der Balkanvölker bediente, um aus ihrem Blut, wie im eigenen Lande aus dem seiner Völker Kräfte zu saugen.

Endlich klagen wir an als Schuldige die kapitalistischen Mächte Europas überhaupt, die durch ihre Habgier und Brutalität Gewalttaten und Treulosigkeit in Marokko, Bosnien und Herzegowina, Tripolis und Persien, durch ihre perfide Lähmung jeder Bestrebung zur Wiedergeburt der Türkei, sowie durch das Wechselspiel zwischen den Intrigen des Zarenismus und den Gelüsten der österreichischen Monarchie ihrerseits die Entstehung des Krieges gefördert haben.

Dieser Konflikt kann jeden Augenblick die Schreden eines Weltkrieges gebären.

Die Pflichten aller Proletarier, aller Parteien der Internationale, sind in dieser Stunde größer als je. In düsteren Feuerfackeln der Ereignisse müssen auch dem Rückständigsten die tiefen Ursachen dieses Regimes der Unsicherheit, der Brutalität und des Raubes, das die Welt zerfleischt, klar werden, und muß die Pflicht des Proletariats erhellten, alle Kraft daran zu setzen, die Verwirklichung des Sozialismus zu beschleunigen, der allein die Beziehungen der Nationen zueinander auf die dauernde Grundlage der Ehrlichkeit stellen wird, während diese Beziehungen heute preisgegeben sind der kapitalistischen Anarchie, der Habgier der hohen Finanz, dem chauvinistischen Wahnsinn, dem Ränkespiel der Diplomatie und den Gewalttätigkeiten der Reaktion.

Es ist dringend notwendig, daß die Klassenbewußten Proletarier sich jedem Versuch, den Krieg auszudehnen, und jeder intervenierten und selbsttätigen Intervention, die ihn ausdehnen würde, mit aller Kraft widersetzen, und daß das Proletariat der kriegszeugenden Politik mit der ganzen Kraft seiner Organisation und mit wuchtigen Machtumgebungen entgegentritt. Das sozialistische Proletariat muß mit größtem Nachdruck seine Stimme erheben und durch sein Verhalten bezeugen, daß es sich nicht in die Politik der rohen und blutigen Konflikte hineinziehen läßt.

In diesem Protest und diesem Vorgehen gegen den Krieg die höchste Einheitslichkeit und Wirksamkeit zu sichern, hat das Internationale Sozialistische Bureau die Einberufung eines

Außerordentlichen Internationalen Kongresses

beschlossen. Die beste Vorbereitung des Kongresses wird in einer systematischen und intensiven Agitation aller sozialistischen und proletarischen Organisationen gegen alle jene Elemente bestehen, die an dem Verbrechen des Konflikts Schuld tragen.

Die nächste Zukunft wird wahrscheinlich an die sozialistischen und proletarischen Parteien die größten Anforderungen stellen. Wir zweifeln nicht, daß sie sich auch dem Schwersten gewachsen zeigen werden, mit dem Mut, dessen glänzendes Vorbild uns bereits die Genossen im Brennpunkt des Konflikts gegeben haben.

Mögen die Regierungen eingebend sein der Gefahren, die das Spielen mit dem Feuer mit sich bringt, und daß dies Feuer imstande ist, die ganze kapitalistische Welt in Brand zu setzen.

**Krieg dem Kriege!
Hoch die Internationale!**

Sitzung des Internationalen Bureaus in Brüssel.

Die Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus, das im Brüsseler Volkshaus zu einer zweitägigen Tagung zusammengetreten ist, wurde durch den Vorsitzenden des Bureaus, Vandervelde, eröffnet.

Das Bureau beschließt nur die Vertreter der täglich erscheinenden Zentralorgane der angeschlossenen Parteien zuzulassen, und tritt sofort in die Beratung des ersten Punktes der Tagesordnung ein:

Die internationale Lage und die Kriegsgefahr.

Dr. Viktor Adler: Das internationale Proletariat befindet sich zurzeit in der schwierigsten Lage, soweit man nur zurückdenken kann. Die Gefahr eines europäischen Krieges ist durch die Ereignis-

nisse auf der Balkanhalbinsel nahegerückt worden. Auch in unseren Reihen hätte mancher lieber die weitere Aufrechterhaltung des Statusquo auf dem Balkan gewünscht, wenn auch nur in dem Sinne, daß man erwartete, der Zeitpunkt der Auseinandersetzung zwischen der Türkei und den Balkanstaaten möge so lange hinausgeschoben werden, bis das Proletariat die nötige Wachstumsleistung erlangt habe, um einen Einfluß auf die Form der Auseinandersetzung geltend zu machen. Es kam aber anders und nun ist der Krieg da. Man kann bedauern, daß die Treibereien der herrschenden Gewalten es so weit gebracht haben, daß der jetzige Krieg unvermeidlich wurde; aber einmal mußte er doch kommen, als die unter dem kapitalistischen Regiment kaum vermeidliche Konsequenz des nationalen Erwachens der Balkanvölker. Soweit deren Streben darauf gerichtet ist, die nationale Autonomie zu erlangen, ist es ja mit den Interessen der fortschrittlichen Entwicklung Europas in Übereinstimmung. Wir wünschen den Balkanvölkern die Autonomie, aber wir wollen sie nicht mit unserem Blute bezahlen. Den Balkankrieg haben wir nicht verhindern können; unser Streben soll aber jetzt darauf gerichtet sein, zu verhindern, daß er weiter um sich greift, das heißt, daß die Mächte in die Ereignisse eingreifen. Wir in Oesterreich haben uns auf den Standpunkt gestellt, daß Oesterreich, das nicht einmal imstande ist, den slavischen Völkern im Süden eine menschenwürdige politische Existenz zu sichern, auf dem Balkan nichts zu suchen hat. Die dringlichste Aufgabe ist es jetzt, doch den Regierungen gesagt wird: die Hände weg vom Balkan!

Vaillant (Frankreich) spricht in demselben Sinne und weist auf das Manifest hin, das bereits von der französischen Partei veröffentlicht worden ist und das in der Erklärung gipfelt: **wir wollen nicht für den Zaren in den Krieg marschieren!** Eine kräftige Agitation in allen Ländern Europas gegen die Interventionen der Großmächte kann auf die Großmächte einen heilsamen Druck ausüben. In dieser Richtung sollte ohne Aufschub überall alles getan werden, was getan werden kann. Dem Internationalen Bureau gebührt es, durch die Herausgabe eines entsprechenden Manifestes zu dieser Agitation das Zeichen zu geben. Den Herrschenden soll die Haltung des Proletariats die Gefahr vor Augen führen, daß wie 1905 in Rußland nach dem Kriege mit Japan dem Kriege die Revolution auf dem Fuße folgen werde.

Haase (Deutschland): Die deutsche Sozialdemokratie hat die Gefahr, die die Ereignisse auf dem Balkan für den Frieden in Europa bieten, von vornherein in ihrer ganzen Tragweite erkannt und danach gehandelt. Für Deutschland wird diese Gefahr erhöht durch die Dreieinigkeit mit Oesterreich und die Zuspitzung des Gegensatzes zu der englischen Regierung. Wir teilen den unverantwortlichen offiziellen Optimismus des Herrn v. Riberlen-Waechter keineswegs und betrachten es deswegen als unsere Pflicht, entsprechend den Stuttgarter und Kopenhagener Resolutionen, die Besöderung über die Kriegsgefahr aufzuklären und den Gedanken eines Krieges unpopulär zu machen. Daß jemals in den Kreisen der sozialistisch ausgeklärten Arbeiterschaft Deutschlands die Kriegsbegeisterung geweckt werden könnte, ist ausgeschlossen; aber wir müssen auch danach streben, die übrige öffentliche Meinung in diesem Sinne zu beeinflussen. Die RiesenDemonstrationen in allen Teilen des deutschen Reiches dienen diesem Zwecke und wir werden mit dieser Agitation fortfahren. Ich stimme dem Vorschlage Vaillants zu, ein Manifest herauszugeben, das die angeschlossenen Parteien auffordert, gegen jeden Interventionsversuch ihrer Regierungen mit allen zweckdienlichen Mitteln Front zu machen. Das Manifest sollte auch den Genossen der Balkanstaaten für ihre heroische Protestaktion gegen die Kriegshetze unsere Bewunderung ausdrücken.

Jaures (Frankreich): Ueber das Prinzip der Bekämpfung aller Interventionsgelüste sind wir alle einig. Wir müssen uns aber, speziell nach den letzten Erklärungen des französischen Premierministers Poincare, eventuell auf eine Form der Intervention gefaßt machen, die die Bestimmung unserer Haltung demgegenüber zu einer nicht ganz einfachen Frage gestalten würde. Es bereitet sich ansehender ein Schlichtungsversuch der Großmächte vor, der unter dem philanthropischen Vorwand, dem Blutvergießen auf dem Balkan ein Ende zu bereiten, Interventionsgelüste verbirgt, deren Konsequenzen zu fürchten wir allen Anlaß haben. Ein derartiger Schlichtungsversuch wäre für uns nur annehmbar, wenn die Mächte, von denen er ausgeht kein direktes Interesse an der Lösung der Balkanfrage betätigen, und wenn die Schlichtung durch beide streitenden Parteien gewünscht wird. Ist das nicht der Fall, so kann die Sache günstigfalls auf eine Dupierung der Balkanstaaten hinauslaufen, wie ja von jeher die ganze Politik der Mächte der Türkei gegenüber auf eine Dupierung dieses Staates hinausgelaufen ist: denn der größte Teil der Verantwortung für die Mißstände in der Türkei liegt bei den Mächten, die nichts getan haben, um die mazedonischen Greuel zu verhindern, aber durch die Wegnahme Bosniens und Tripolis, dazu beigetragen haben, bei der türkischen Bevölkerung eine chauvinistische Stimmung hervorzurufen, die jeder Reformbestrebung die größten Hindernisse entgegenstellt.

Ich glaube an die Möglichkeit, durch eine energische allgemeine Aktion des europäischen Proletariats:

die Erhaltung des Weltfriedens zu sichern, zumal auch außerhalb der arbeitenden Klassen Tendenzen zum Frieden vorhanden sind, die wir ausnützen können. So führen zum Beispiel Organe der französischen radikalen Regierungspartei eine heftige Sprache gegen den „Krieg für den Zaren“, an dem die ungeheure Mehrheit der französischen Bevölkerung, speziell die Bauernschaft, doch gar kein Interesse hat.

Rosa Luxemburg (Polen): Das Manifest des Bureaus sollte Erwägungen über die eventuelle Haltung der Diplomatie, wie sie Jaures angestellt hat und die immer aus sehr schwer berechenbaren Momenten und Mutmaßungen beruhen, nicht in den Vordergrund stellen. Dagegen sollte das Manifest in erster Linie die taktischen Notwendigkeiten beleuchten, die aus der jetzigen Lage für das Proletariat aller Länder geboren werden. Das Manifest soll aus-

sprechen, daß das einzige wirksame Mittel zur Verhinderung des Weltkrieges die proletarische Massenaktion ist. Diese Aktion soll in ihren Formen und in ihrer Intensität in demselben Maße gesteigert werden, wie die Kriegsgefahr selber akuter sein wird, um im Falle der höchsten Gefahr in eine entscheidende revolutionäre Massenaktion auszumünden. Der Text des Manifestes sollte die Einsicht deutlich durchblicken lassen, daß der jetzige Balkankrieg nur ein Glied in der Kette von Tatsachen ist, die mit dem Wachstum des Imperialismus und der Tendenz zur kapitalistischen Expansion zusammenhängt, und die eine neue Periode des Klassenkampfes eröffnet mit unübersehbaren Erfolgsmöglichkeiten, neuen Kampfsmitteln und neuen Pflichten für das Proletariat.

Der Vorsitzende verliest hierauf einen von Karl Kautsky verfaßten Entwurf eines Manifestes. Damit bei der Redaktion des Manifestes eventuell der mit der internationalen Lage zusammenhängenden Entschliessung des Bureaus über den Zeitpunkt des nächsten Kongresses Rechnung getragen werden kann, beschließt das Bureau, die Beschlußfassung hierüber hinauszuschieben, bis auch diese Frage erledigt worden ist. Es wird eine Kommission gewählt, die inzwischend einen Entwurf des Manifestes vorbereiten soll, wobei den in der Diskussion zutage getretenen Gesichtspunkten Rechnung getragen werden soll. Zu Mitgliedern der Kommission werden bestimmt: Kautsky, Adler, Vaillant, Haase, Jaures und Rosa Luxemburg.

Das Bureau tritt nunmehr in die Diskussion ein über die Anträge, die den

Zeitpunkt des nächsten internationalen Kongresses

betreffen. Als erster Redner spricht Vaillant: Der vor mehreren Wochen eingebrachte holländische Antrag, den Zeitpunkt des nächsten in Wien abzuhaltenden Kongresses um ein Jahr, also bis 1914, zu verschieben, ist nicht diskutabel, weil das Internationale Bureau überhaupt nicht befugt ist, einen diesbezüglichen Beschluß eines internationalen Kongresses umzustößen.

Es entspinnt sich nun eine Debatte, sowohl über die von Vaillant aufgeworfene Kompetenzfrage des Bureaus wie über die sachliche Berechtigung des holländischen Antrages selbst. Troelstra (Holland) und Kollenbush verteidigten die Vertagung des nächsten ordentlichen Kongresses, während Adler die Schwierigkeiten auseinandersetzt, die bei der weitpolitischen Lage eventuell aus der Abhaltung des Kongresses in Wien hervorgehen könnten. Goldstone (England) bekämpft die Vertagung des Wiener Kongresses.

Vandervelde macht hierauf im Namen der belgischen Delegation und des Exekutivkomitees des Internationalen Bureaus folgenden Vorschlag: Das Bureau soll in möglichst kurzer Zeit eine besondere Konferenz einberufen, zu der alle europäischen, bei der Internationale angeschlossene Parteien eingeladen werden sollen, mit dem einzigen Punkt als Tagesordnung: **Die internationale Lage und die Verständigung der sozialistischen Parteien Europas über eine gemeinsame Aktion gegen den Krieg.** Die Konferenz könne vielleicht um die Weihnachtzeit in der Schweiz stattfinden.

Jaures kann sich nur dann dem Vorschlage Vanderveldes anschließen, wenn dieser dahin abgeändert wird, daß es sich um einen wirklichen außerordentlichen Kongreß der Internationale handelt. Wenn der Kongreß erst um Weihnachten stattfindet, so kann jede außereuropäische Nation, die telegraphisch eingeladen wird, ohne besondere Schwierigkeiten eine Vertretung entsenden. Man beschliesse also einfach die sofortige Einberufung eines außerordentlichen Kongresses.

Vandervelde schließt sich im Namen des Exekutivkomitees dem Abänderungsvorschlage Jaures an, worauf Vaillant erklärt, daß die französische Delegation dadurch befriedigt sei.

Auf Einwände hin, die von den deutschen Delegierten vorgebracht worden waren, erklärt Jaures, im Sinne seines Antrages hätte der außerordentliche Kongreß nicht zur Aufgabe, bestimmte starre Formeln für die proletarische Aktion gegen den Krieg in jedem der einzelnen Länder aufzustellen; das müsse jeder Nation im Rahmen ihrer besonderen nationalen Verhältnisse überlassen bleiben. Der Kongreß sollte für diese Aktion im Sinne der Kopenhagener und Stuttgarter Beschlüsse nur die Grundzüge schaffen und die Frage so besprechen, daß nicht die trennenden theoretischen Momente, sondern die einigenden Momente des gemeinsamen Willens, den Krieg zu bekämpfen, in den Vordergrund treten.

Nach dieser Erläuterung erklärt Haase im Namen der deutschen Delegation, diese werde für den Antrag Vandervelde-Jaures stimmen.

Der Antrag wird daraufhin unter lautem Beifall einstimmig angenommen. Er hat folgenden Wortlaut:

„Das Internationale Sozialistische Bureau beschließt, in möglichst kurzer Frist einen außerordentlichen Kongreß einzuberufen, zu dem alle der Internationale angeschlossenen Parteien eingeladen werden sollen, mit dem einzigen Punkt der Tagesordnung: **Die internationale Lage und die Verständigung der sozialistischen Parteien über eine internationale Aktion gegen den Krieg.**“

Der internationale Sekretär Huysmans teilt mit, daß das Exekutivkomitee sobald wie möglich den genauen Zeitpunkt und den Ort dieses Kongresses feststellen und bekanntgeben wird. Er wird jedenfalls vor dem 1. Januar 1913 stattfinden, vermutlich um die Weihnachtszeit. Als Ort der Tagung wird zunächst eine größere Stadt, in der Schweiz ins Auge gefaßt.

Mit allen Stimmen gegen die der drei englischen Delegierten wird sodann der zweite Teil der Resolution angenommen, wonach der nächste ordentliche Kongreß statt 1913 erst 1914 zusammenzutreten soll. Das Bureau beschließt ferner, daß die dem außerordentlichen Kongreß zu unterbreitende Resolution vorher von einer fünfgliedrigen Kommission ausgearbeitet werden soll, in der Deutschland, Frankreich, England, Oesterreich und Rußland je einen Vertreter haben werden.

einige Abgeordnete wandte sich an die den Kordon bildenden Soldaten mit der Aufforderung, dem Offizier nicht zu gehorchen und als ungarische Soldaten die ungarischen Abgeordneten nicht in ihrem Amte zu hindern. Die Abgeordneten mußten jedoch wieder abziehen.

Am Reichstage eröffnete Präsident Tisza die Sitzung mit der Tagesordnung: Die Wahlen der Delegationen und die Revision der Hausordnung. Es ist dies eine Konzeption, die die Regierung der Opposition machte. Der frühere Minister des Innern, Graf Julius Andrássy, einer der angesehensten Politiker des Landes, der sich der Opposition angeschlossen hatte, war als einziger Oppositionelle in der Sitzung. Er meldete sich zum Wort und hielt eine längere Rede, in der er die Reichstagsitzung für ungeheuerlich erklärte und dagegen protestierte, daß der freie Parlamentarismus in Ungarn durch einen Militärkordon vernichtet wird. Seine Rede machte großen Eindruck. Graf Tisza und der Ministerpräsident antworteten darauf. Der Ministerpräsident sagte, daß er, ob es der Opposition gefalle oder nicht, seine übernommene Mission ausführen werde. — Nachmittags 4.30 Uhr begann der Reichstag seine Beratungen wieder. Es wurde eine Komitee von 21 Mitgliedern gebildet, das sich mit der Revision der Hausordnung beschäftigen soll.

Das ungarische Proletariat protestiert gegen die Reaktion.

Auf Mittwoch waren in der Hauptstadt 14 und in 20 größeren Provinzstädten ebenfalls Protestversammlungen angehängt mit der Tagesordnung: „Der Krieg und die Eröffnung des Reichstags.“ Den Versammlungen lag eine gemeinsame Resolution vor, in der dagegen protestiert wird, daß sich Ungarn in die Wirren des Balkankrieges einmengt: Es ist die Pflicht der ungarischen Regierung, vor allem in eigenen Lande Ruhe zu schaffen und die Ausnahmezustände in Ungarn und Kroatien endlich einmal aufzuheben. Es wird ferner dagegen protestiert, daß zurzeit der Regierung ein Mann vorsteht, der mit dem Gesehbuch in Konflikt geraten ist. Solange keine gesetzlichen Zustände in Ungarn eintreten, solange der Militärkordon das Reichstagsgebäude umsteht, können die Beschlüsse dieses Hauses nicht geachtet werden. Die Regierung müsse einsehen, daß sie im Auslande keine Erfolge haben kann, solange sie im eigenen Lande nicht geachtet wird. Das arbeitende Volk Ungarns verlangt in der Resolution weiter, daß den grausamen geistlichen inneren Zuständen ein für allemal durch Schaffung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts ein Ende gemacht wird.

Italien.

Nachklänge zum italienisch-türkischen Krieg.

Rom, 30. Oktober. Die türkischen Soldaten, die sich noch in Tripolitarien befinden, werden nunmehr auf Grund eines Beschlusses der italienischen Regierung auf italienischen Dampfern, die von italienischen Dampfern begleitet werden, nach der Türkei zurückbefördert. Die italienischen Kriegsschiffe geben den Transportschiffen das Geleit, um zu verhindern, daß sie von griechischen Schiffen im Ägäischen Meer aufgehalten werden. Der Ort der Einschiffung in Tripolitarien wird geheim gehalten, da Italien einen Zwischenfall mit Griechenland zu vermeiden sucht. Wie verlautet, hat die italienische Regierung ihren Beschluß den Mächten zur Kenntnis gebracht und ihre Zustimmung bereits erhalten.

England.

Eine deutsch-englische Verständigungs-Konferenz

wurde am Mittwoch in Guildhall (London) eröffnet. Es wird darüber aus London gemeldet: Der Vormagor eröffnete die Konferenz und wies in einer kurzen Ansprache auf den Zweck hin. Er gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß ein Krieg zwischen den beiden blutsverwandten Völkern unmöglich sein müsse. — Sir Frank Lascelles führte aus, die Konferenz könne dazu beitragen, Mißverständnisse zu beseitigen, die die wirklichen Ursachen des bestehenden Mißtrauens seien. Unterschiede beständen in den Regierungsformen, den Erziehungsmethoden und der allgemeinen Anschauungsweise beider Völker. Aber diese Unterschiede seien nicht unvereinbar mit gegenseitiger Achtung und gegenseitigem Vertrauen. — Graf Leyden antwortete namens der deutschen Delegierten. Es sprachen dann noch Professor Rathgen und Charles Manara über den Wettbewerb auf wirtschaftlichem Gebiete.

Rußland.

Ein Parteijubiläum.

Ein unter russischen Verhältnissen seltenes Jubiläum hat vor kurzem der „Allgemeine jüdische Arbeiterbund in Litauen, Polen und Rußland (Bund)“ gefeiert. Am 10. Oktober waren es 15 Jahre, seit die Vertreter der jüdischen Arbeiterorganisationen ihren ersten Parteitag abhielten und den „Bund“ gründeten, der nun auf eine 15 jährige Tätigkeit zurückblicken kann. Die Klassenbewegung des jüdischen Proletariats ist unzertrennlich verknüpft mit der Existenz des Bundes, der die Fahne der Sozialdemokratie durch alle Leiden und Wirnisse der ärgsten Reaktionszeit hindurch gerettet hat. Das Informationsblatt der Auslandsorganisationen des Bundes schreibt hierzu: „Das Leben stellt neue Aufgaben vor uns. Wir verwandeln uns immer mehr in eine wirkliche politische Partei. Es war nicht leicht, sich den neuen Verhältnissen anzupassen. Nach heute ist diese Anpassung nicht rollendet. Zu schwer und zu widerspruchsvoll sind die Verhältnisse, die die kompliziertesten Aufgaben vor uns aufrollen und keinen Spielraum zu ihrer Lösung geben. Tausende Hindernisse stehen vor uns. Wir sind aber doch auf den neuen Weg getreten; Schritt um Schritt gehen wir vorwärts, und wieder fühlen wir festen Boden unter unseren Füßen...“

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Der Präsidentenwahlkampf.

New York, 30. Oktober. Die Präsidentschaftskandidaten haben in dieser letzten Woche vor den Wahlen die größte Mühe, um das amerikanische Volk aus seiner gleichgültigen Stimmung gegenüber den kommenden Ereignissen herauszureißen, was bisher noch nie dagewesen ist. Offenbar sind die Wähler der Ueberzeugung, daß, wie auch die Wahlen am kommenden Dienstag ausfallen mögen, das Ergebnis dem Wohlstand der Vereinigten Staaten nicht schaden wird. Von dem Turm eines der höchsten Wolkenkratzer New Yorks werden jeden Abend riesige Lichtbilder auf ein gegenüber liegendes Gebäude geworfen, in denen Präsident Taft seinen Landsleuten die Ereignisse von 1893 und 1907 ins Gedächtnis zurückrufen will, um sie zur Wiederwahl seiner Person zu bewegen.

Danzig.

Die städtische Teuerungssaktion

beschäftigte am 29. Oktober wieder einmal die Stadtverordneten und zwar in vollendeter Blockbrüderlichkeit. Es blieb schließlich zweifelhaft, ob das städtische Dreiklassenhaus seine allgemeine Volksfeindlichkeit oder nur speziell den reaktionären Betrug der Wähler durch den Blockschwindel an den Pranger stellen wollte.

Eingeleitet wurde die Verhandlung durch eine Interpellation der freisinnigen Stadtverordneten Dr. Herrmann und der kommerziellen Arbeitervertreter. Eine Interpellation ist ein sehr billiges Vergnügen. Dabei darf nur geschwätzt werden. Beschlüsse sind dabei nicht zulässig. Auf diesem Wege fragten die ehrlichen Volksfreunde also und zwar sehr dringend, welches Ergebnis die bisher vom Magistrat zur Vinderung der Teuerung unternommenen Schritte gehabt haben. Diese Frage war umso wertvoller, als der gesamte Block die früher von der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften geforderte wirkliche Teuerungshilfe einstimmig abgelehnt hatte. Jetzt liebte man dafür, vom Magistrat dringend Rücksicht zu fordern, weshalb er sich nicht mehr heiselt. Die volksfreundliche Dringlichkeit der Freisinnigen war besonders auch noch deshalb bemerkenswert, weil sie eben durch den Blockverrat den Schwarzblauen zwei Stadtverordnetenämter mehr zugeschanzt und deren beherrschende Position im Rathaus vollkommen gesichert hatten.

Aber das Blockbündnis wurde ja aus purer praktischer Volksfreundlichkeit geschlossen, und diese Anfrage sollte gewissermaßen beweisen, wie warm die verblockten Rathhäuser gemeinsam für das Wohl des Volkes sorgen. Und der Beweis ist denn auch überraschend gelungen.

Dr. Herrmann bemängelte, daß der Magistrat sich zuviel Zeit gelassen und Leute wie Liebe und Arens nach Rußland und ausgerechnet nach der über 850 000 Einwohner zählenden Großstadt Warschau zum Fleischkauf geschickt habe. Er forderte, daß man sich der Vermittlung sachkundiger Kaufleute bediene. Das war die ganze große dringliche Kritik. Sie wurde völlig entwertet, durch die Versicherung, daß die Stadt sich natürlich nur ganz vorübergehend mit der Vermittlung von Lebensmitteln beschäftigen dürfe, da das ihre Sache nicht sei. Bürgermeister Dr. Bail wollte beweisen, daß der Magistrat nichts veräumt, sondern sich sehr angestrengt habe. Die Fleischpreise waren aber in Rußland so hoch, daß ein Preisdruck in Danzig nicht möglich war. Den Obermeister Liebe habe nicht der Magistrat, sondern die Teuerungskommission nach Rußland geschickt. Die Stadt Kopen habe Fleisch zuerst für 60, dann 56 und schließlich 52 Pfennig per Pfund in Rußland gekauft. Der Danziger Magistrat hoffte vergeblich, es für 48 Pfennig erhalten zu können. Als der Schlachthofdirektor Arens zum zweiten Male allein nach Rußland fuhr, habe er sich verpflichtet, ohne Fleisch nicht zurück zu kommen. Er habe jetzt auch zu 53 Pfennig pro Pfund gekauft. Die Konkurrenz der deutschen Städte steigern in Rußland den Preis. Hinzu komme der Zoll, der trotz der Ermäßigung 9 Pfennig pro Pfund betrage. Wenn die Fleischer sich weiter absehnend verhielten, würde die Stadt eigene Verkaufsstellen einrichten. Der freisinnige Oberpostsekretär Stahl aus Tilsit war sogar so rabiat, zu fordern, daß die Stadt eventuell auch finanzielle Opfer bringen müsse, wenn sie preisregulierend wirken wolle. Er bedauerte, daß der Zentner Kartoffeln, der 1909 2,50 Mk. und 1911 bereits 3,60 Mk. kostete, schon auf 3,75 Mark gestiegen ist. Dazu versicherte er aber, daß er gar nicht so weit gehe, zu verlangen, daß die Stadt die Kartoffelbeschaffung in die Hand nehmen solle! Die Kartoffel- und Kohlenvermittlung für die städtischen Arbeiter sei aber zweckmäßig. Ebenso empfehle sich die Stundung der Einkommensteuer der geringeren Stufen und möglichst ganz der Erlass der Steuer bis zu 600 Mark Einkommen. Man sieht, welche Wunder solch eine kindlich harmlose Interpellation zu erzeugen vermag.

Diese wortgewaltige Volksfreundlichkeit seiner Freisinnigen-Blockbrüder ging dem konserativen Heißsporn Brunzen, dem „städtischen Agenten des Agrarierturns“, wie ihn sein Spezialfreund Dr. Herrmann getauft hat, doch gegen den Strich. Er kennt seine Pappenhäuser von den Blockmogeleyen doch zu gut. Mit einem Mut, der ohne Beispiel ist, behauptete er, die Schwierigkeit der Fleischbeschaffung in Rußland beweise, wie bewußt das Publikum bisher von gewisser Seite getäuscht wurde, als ihm gesagt wurde, daß nur die Schlagbäume geöffnet werden dürften, um das billige russische Vieh in Herden nach Deutschland strömen zu lassen. Dieser demagogische Trick war eine umso größere Unwahrheit, als jedes Kind sich sagen muß, daß die vorübergehende Grenzöffnung unmöglich die Schäden der vieljährigen Absperrung bei

wahrscheinlich hohen Zöllen gutmachen kann. Die russische Vieherzeugung ist ja gar nicht auf die Ausfuhr eingerichtet. Die „gewisse Seite“ war aber eine besondere Lebenswürdigkeit Brunzens gegen seinen Erbfeind Dr. Herrmann. Zum Beweise zog er einen Artikel der Danz. Ztg. über die Pöserer Fleischvertäufte an. Dadurch sollte der Eindruck erweckt sein, als ob Schweinebraten dort 40 Pfennig pro Pfund koste, während es 80 Pfennig gewesen wären.

Das war gewiß sehr schön.

Am Busen seines Brunzen weinte Dr. Herrmann zum Beginn der Blockagitation im Kaiserhof seinen Schmerz über die Heherel und den schlechten Ton der Sozialdemokratie aus, die gerade ihn ruhelos verfolgte. Und nun die klatschende Ohrfeige der „bewußten Täuschung!“ Zur Antwort gab es ein Blockbuell der allerlieblichsten Töne. Wie die beiden Sachverständigen sich gegenseitig — zeichneten, das war einfach unbezahlbar.

Dr. Herrmann wollte nicht wahr haben, daß er und seine Freunde die Hilfsmaßregeln vorgeschlagen haben, die die Regierung nun aber endlich eingeräumt habe. Wer das doch behauptete, sage eine wissenschaftliche Unwahrheit. Diese Blockbrüderlichkeit Brunzens durch den blockbrüderlichen Zwischenruf: **Wissenschaftliche Unwahrheit ist eine wissenschaftliche Unverschämtheit!**

Der Vorsteher Keruth überhörte wohl diesen fastigen Sauherdenton. Er fragte dafür den zorniggeschwollenen Freisinnig-Doktor, ob er mit dem Vorwurf der bewußten Unwahrheit einen Stadtverordneten gemeint habe? Und dieser stählerne Held erwiderte ganz ehrlich: Natürlich nicht! Zugleich aber klagte er, daß er doch durch den Vorwurf, der bewußten Irreführung getroffen werden sollte. Keruth tröstete ihn darauf, daß Brunzen ihn nicht gemeint habe, er habe ausdrücklich nur von man gesprochen. Diesen Scharfsinn des Vorstehers bewundern wir neidlos. Auch Brunzen und seinen Freunden machte er viel Freude. Die Situation verbesserte Dr. Herrmann sofort noch mehr für sich, indem er sehr geistreich meinte: Dieser man bin ich selbstverständlich! Du heilige Blockeinfalt! Den letzten Schuß tat dann Dr. Herrmann, indem er wieder behauptete, wissenschaftliche Unwahrheit sage der, der vor ihm behauptete, daß er dem Magistrat Vorwürfe gemacht habe. Dieses Mal hatte der leidensvolle Blockmartyrer wirklich recht. Brunzen versicherte ihm darauf, daß er sich mit einer so unbedeutenden und nebensächlichen Person wie Dr. Herrmann bei so umfassenden Fragen gar nicht abgebe. Dagegen suchte der Chef der Danziger Zeitung sich latäinisch zu trösten. Doch forderte er, daß Brunzen wegen der „Unverschämtheit“ zur Ordnung gerufen würde. Mit großem Vergnügen wiederholte darauf dieser, zur Bestätigung für den harthörigen Vorsteher, seinen Zwischenruf, und nun bekam der Direktor der christlich-patriotischen Danziger Allgemeinen Zeitung wirklich seinen Ordnungsruf, über den er lachend quittierte. Als diese würdige Teuerungsdebatte schon längst erledigt war, wies Brunzen der Danziger Zeitung und natürlich wieder nicht seinem Spezi Dr. Herrmann noch eine infame Täuschung nach.

Diese moralische Auspeitschung der Blockbrüder zeigte mit aller wünschenswerten Deutlichkeit, wie ehrlich die Blockschworenen gemeinsam für das Volk arbeiten. In der weiteren Debatte durften auch die kommerziellen Arbeitervertreter Niß und Heinrich einige Klagen vorbringen. Heinrich bestritt dem Bürgermeister, daß die Teuerungskommission den Obermeister Liebe nach Rußland geschickt habe. Beide Redner merkten gar nicht, wie sie sich selbst anklagten, als sie die Zollfunden der Schwarzblauen, allerdings nicht zu haat, kritisierten. Während die Arbeiterknappen des Blocks für die — Zeitungsberichte sprachen, wurde die Unterhaltung unserer Bundesgenossen wieder recht lebhaft. Besonders der hygienische schwarzblaue Holzmichel konnte nicht genug Glossen darüber machen, wie unmäßig die Arbeiter leben und welche hohen Rippen ihre Frauen am Sonntage auf dem Kopfe trügen! Zum Schluß versicherte der Bürgermeister, daß der Magistrat sich mit der Kartoffel- und Kohlenlieferung für die städtischen Arbeiter und auch mit der Frage der Teuerungszulage beschäftige. Auch erwäge er die Aufhebung der untersten Einkommensteuereufe von 420 bis 660 Mark Jahreseinkommen. Die Feststellung Heinrichs über die Sendung Liebes konnte er nicht widerlegen.

Der große freisinnige Sozialpolitiker Münsterberg war schon von seiner Amerikareise müde. Er hüllte sich aber in Schwärzen. Auf Antrag des Stadtverordneten Fuchs wurde die Debatte nach 1 1/2 stündiger Dauer wie das berühmte Hornberger Schießen beendet. —

Der Bericht der Danziger Zeitung zeigt schon, daß dies tadellos vornehme Duett zwischen den beiden Blockführern die freisinnige Blockliebe in nichts vermindert hat. Weiß doch das Börsenblatt nicht einmal, daß sein eigener Chef von seinem intimsten Bundesbrüder durch den Zurs: wissenschaftliche Unverschämtheit gekennzeichnet wurde. Es soll also bei der offenen ehrlichen Freisinnigkeit bleiben, die das Rathaus absichtlich den schwarz-blauen Pro-wucherern ausliefert und dann höchst volksfreundlich und ganz — ahnungslos frogt, weshalb dem hungernden Volke nicht schneller geholfen wird.

Tödlicher Eisenbahnunfall.

Auf dem Bahnhofe in Langfurh wurde der Schlosser Merten beim Ueberqueren eines Geistes durch einen von Joppot kommenden Zug umgeworfen und sofort getötet.

Von der Post.

Für den inneren Verkehr in Deutschland ist es zugelassen, daß auf die Rückseite des Abschnittes der Postpaketadressen Zettel mit schriftlichen Mitteilungen geklebt werden können.



MAGGI'S Suppen

sind die besten!

Sozialdemokrat. Verein Danzig-Stadt

4. Bezirk (Neufährwasser).
Mittwoch, den 6. November 1912, abends 8 Uhr, im Vereinslokal, Albrechtstraße 16

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Die Gewerbeerichtswahlen. Referent: Arbeitersekretär Genosse Grünhagen. 2. Vereinsangelegenheiten.

Die Bezirksleitung.
J. A. A. Wilanski.

Sozialdemokratischer Verein Elbing.

Donnerstag, den 7. November 1912, abends 8 Uhr, im Vereinsgarten, Holzstraße 4

Mitglieder-Versammlung.

Auf der Tagesordnung stehen wichtige Parteiangelegenheiten. Es ist Pflicht der Parteigenossen, bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Zahn-Praxis

Georg Haselmann, Dentist

Milchkannengasse 31 II. Eckhaus neben der Sparkasse.

Künstliche Zähne

beste Ausführung bei billigen Preisen unter Garantie.
Plomben von 2 Mk. an. Zahnziehen mit Orl. Betäubung 1 Mk.
Bei Bestellung von Gebissen Zahnziehen mit Betäubung kostenlos.
Reparaturen und Umarbeitungen billige Berechnung.
Sprechstunden von 9 bis 7 Uhr. Sonntags bis 1 Uhr.

U. & M. H. K.

Wissen Sie was das ? Sie was bedeutet

Es ist die Firma

Uhren- und Musikhaus Komet

früher Breitgasse 115

jetzt verlegt nach **Breitgasse 130/32.**

In bedeutend vergrößertem Maßstabe führe ich wie bisher

Sprech-Apparate

gegen Luft und laut Teilzahlung. ohne Abgabe des Artikels

Taschen- und Wand-Uhren, sowie Goldwaren neu aufgenommen

Platten

v. 55 bis 200 u. 300

Sprech-Apparate

16 u. 18

Hand- u. Mund-harmonikas.

Der neu aufgenommene Artikel **Taschen- und Wanduhren, sowie Goldwaren** in größter Auswahl.

Teilzahlung gestattet.

Uhren- und Musikhaus Komet

Hermann Stupel, Uhrmacher

Breitgasse 130/32, drittes Haus am Holzmarkt

Reparaturen an Uhren u. Sprechapparaten

werden in eigener Werkstatt sauber u. billig ausgeführt.

Schirm-Reparaturen sauber, schnell und billig Schirmfabrik
E. & B. Schlachter,
Heilige Geistgasse 141.
2. Haus am Holzmarkt.

Arbeiter-Notizkalender 1913

Reichhaltige Inhalt — u. a. Alle für den Arbeiter wichtigen Adressen
Porträts der 110 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten
Reichhaltiges statistisches Material über die Reichstagswahlen 1912
Die deutsche Reichsverfassung
Arbeiterbildung und Bildungsarbeit
Kinderschutzgesetz
Etwas v. Schnapsboykott
Die Gewerkschaften im Jahre 1911
Kalendarium sowie Geschichtsbilder der Portraits, Notizbuch
Preis gebunden 50 Pfennig
Zu beziehen durch:
Buchhandlung Volkswacht
Danzig, Paradiesgasse 32.

Achtung!
Raffiner-, Friseur-Salon und Haararbeiten-Werkstatt
Franz Liedtke, Stadt gebiet Nr. 5 am Markt.

Stube, Kabinett, Tische, Zubehör, etc. sofort zu vermieten Langebrücke 20.

1 kleine Wohnung, Stube und Zubehör für 14 Mk. sogleich zu vermieten Rombau 4.

Sieher 3 bis 4 Wohnungen 3 perm. Rombau 28 Stube, Küche, Boden für 16 u. 18 Mk. gleich zu vermieten Röhbers 1 Tr. Ortmarkt

Lehrfräulein für Schneiderei gesucht. Anf. Geh. 10 Mk. E. & B. Schlachter, Heilige Geistgasse 141.

Anjähd. Fräulein, welches mit häuslich. Nähmaschinen vertraut ist, kann sich meld. Kaufhaus für Nähmaschinen u. Fahrradver. Markt 2 Graben Nr. 92

31. Schulweggasse 9 Zimmer u. Küche zu vermieten. Röhbers bei Frau Hermann, 1. Etage Röhbers

2 Zimmer, Bad und Zubehör 3 u. 18. 12 3 perm. Preis 35 Mk.

Stadt-Theater.

Dienstag, den 5. November 1912, abends 7 Uhr
Außer Abonnement. **Siegfried.**
P. P. C. I.
Mittwoch, den 6. November 1912, abends 7½ Uhr.
Abonnements-Vorstellung. **Hinter Mauern.**
P. P. D. I.
Donnerstag, abends 7½ Uhr. Außer Abonnement. P. P. E. I. **König für einen Tag.**
Freitag, abends 7½ Uhr P. P. A. II. **Magdalena.**

Verlangen Sie

überall unsere Spezialmarke

No. 100

Artus 2

Pfg.

ges. gesch.

Feinste, aromatische Qualitäts-Zigarette.
Nur echt, wenn Zigarette Namen u. Nummer trägt.
Zu haben in den einschl. Geschäften.

Rudolf Niemierski Söhne
Telephon 3117. Danzig. Telephon 3117.

6 Reklametage!

Ich verabfolge von

Dienstag, den 5., bis Sonnabend, den 9. November

1 Pfd. Muldenperle
Edel-Margarine
und
½ Pfd. Sellablock-schokolade
oder nach Wahl
1 Dose Fruchtbonbons

ZUSAMMEN für **90** Pfg.

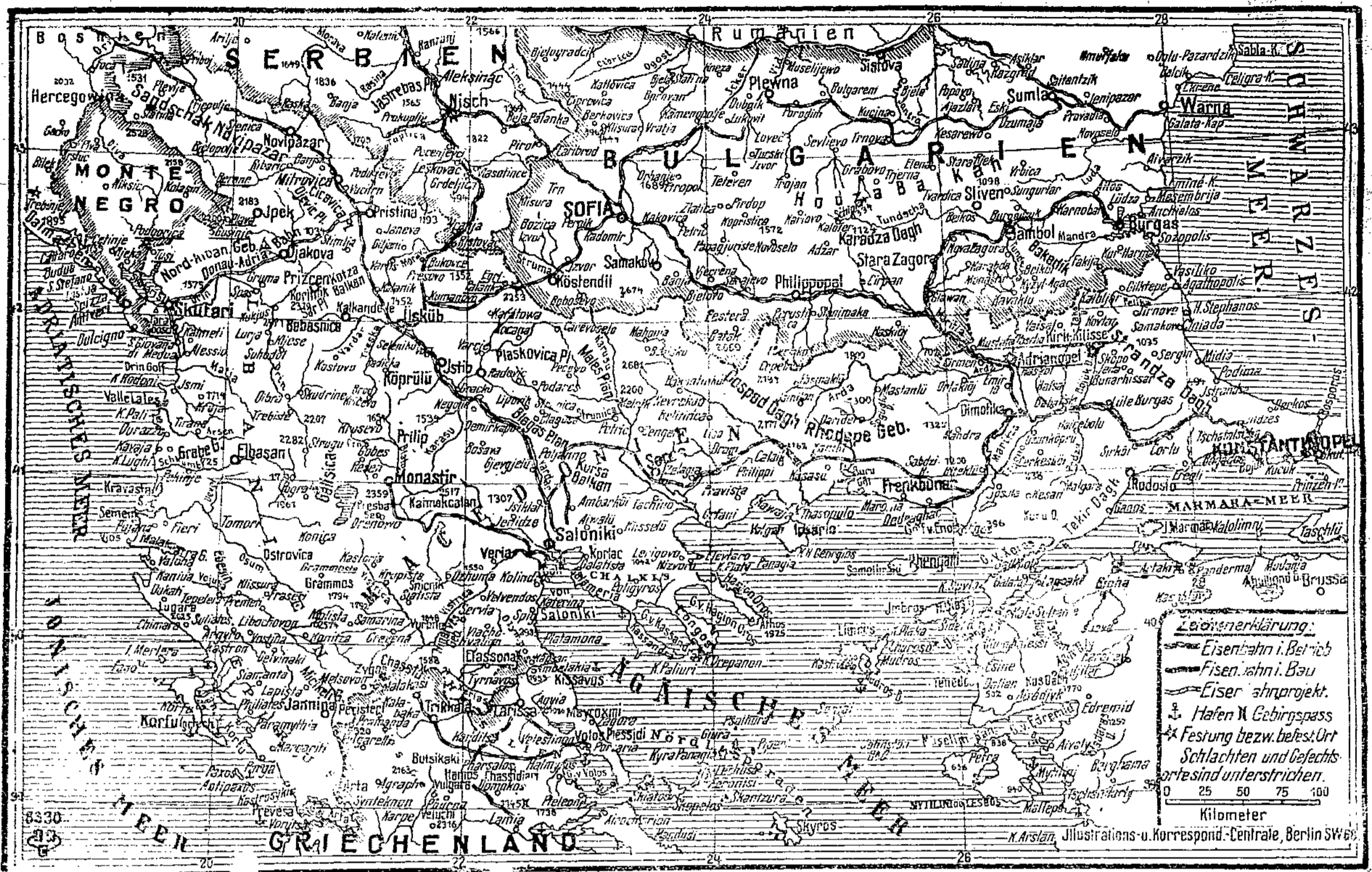
Arthur Dahlmann,
Danzig-Langfuhr,
Hauptstraße 27 u. Neuschottland 16/17.

Krakau.

Unsern werten Abonnenten in Krakau zur gef. Kenntnis, daß wir ab 1. Novemb. r im Gasthaus „Zum Deutschen Kaiser“ (Reinhold Thomas) eine Ausgabestelle unserer Volkswacht errichtet haben. Dolecht werden auch jedrigen Abonnements und Intensions-Bestellungen entgegengenommen. Expedition der Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse 32.

Bezugsquellen-Verzeichnis

S. Maltenfor ELBING, Alter Markt 1 Webel und Kesseltisch.	Erbsen und Wicken Erdbeeren, Preiselbeeren, etc.	ENGLISH GLOB Bismarck 305/307	Schneider-Artikel Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4
Fingerhut, Danzig Karlshofstr. 11	Blumenhandlungen R. Gell, Danzig, Westendstr. 14	SCHWEGEGASSE 7 Kaufhaus für Nähmaschinen u. Fahrradver.	Schnapftabak-Fabriken Joh. Kostuchowski Danzig-Schidiltz Karlshofstr. 113. Telefon 3747.
Allkoholische Getränke Chr. Schatz Karlshofstr. 11	Bücherei Danziger Brotfabrik Karlshofstr. 11	Partiewaren, Gelegenheitskäufe Karlshofstr. 11	Schuhwaren Julius Gosda Danzig, 2. Priesterergasse 5 Ecke Hakergasse.
Sinalco Karlshofstr. 11	Birnen, Bienen, Pflanz Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4	Handarbeiten Ernst Mühl, Drogasse 78. Max Venzel, Danziger Str. 11	Schuhwarenhäuser Tuchler Holzmarkt 19 Unsern billigen Preise
Bäckereien Auf Kohlen, Schell, Karlshofstr. 11	Bücher, Kunst, etc. Horst Lettau, Händelgasse 36 200000 Bücher zum Lager	Johannes Schamp Fischerstr. 13/14 Geschäftshaus für Hand- u. Fußmaschinen, weiter Garderoben, Nähmaschinen und Fahrräder	Seifen u. Toiletteartikel Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4
Handarbeiten H. Herder Elbing, Weidener 34	Opiumhandlungen J. HOETZEL Karlshofstr. 11	Häkergasse 10 Henningsstraße 10 Handarbeiten	Spielwaren Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4
Reiseartikel Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4	Reiseartikel M. Krause Rammkau 13 empfiehlt seine Spezialitäten	Scawersenz Langfuhr, Hauptstraße 27	Sprachmaschinen, Platten A. Heis, Breitgasse 115.
Reiseartikel Ganziger Aktien-Bierbrauerei Jahresumsatz 12. 100000 Mk.	Reiseartikel Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4	GOLDENE 14 Langfuhr, Hauptstraße 27	Trikotagen, Wollwaren Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4
Reiseartikel Akt Schlossbrauerei Schloßbräu = Ritterbräu Müchener Passauer-Brau	Reiseartikel M. Laube, Ohra Kurz, Weiß, Wollwaren	Otto Daberkow Karlshofstr. 11 Hand- u. Fußmaschinen, weiter Garderoben, Nähmaschinen und Fahrräder	Uhren und Goldwaren Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4
Reiseartikel Carl Preuss, Graubenz Langfuhr, Hauptstraße 27	Reiseartikel A. ALFERMANN Karlshofstr. 11	Reiseartikel Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4	Wäsche, Weiss- u. Wollw. Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4



Übersichtskarte der Kriegsschauplätze auf der Balkanhalbinsel.

Der Balkankrieg.

Wir bringen unsern Lesern eine Karte vom Kriegsschauplatz, damit dieselben sich über die Stellungen der Armeen nach den Nachrichten orientieren können.

Die Niederlage der Türken scheint unabwendbar zu sein, trotz aller gegenteiligen türkischen Mitteilungen. Es scheint festzustehen daß die türkische Ostarmee sich hinter die Cataldza Linie zurückgezogen hat. Wenn türkischerseits versucht wird, durch Siegesnachrichten das Ausmaß zu täuschen, so sucht man dadurch möglichst Zeit zu gewinnen um vielleicht noch zu retten was zu retten ist. Der Vorwärts schreibt hierzu: „In den Kabinetten der Großmächte glaubt man auch garnicht an die türkischen Siege. Die Diplomatie ist vielmehr drauf und dran, im Sterbelager der europäischen Türkei Erbfolgekandidaten zu präparieren. In den offiziellen und halb-offiziösen Organen einzelner Regierungen wird je nach der eignen Wünsche oder nach dem Standpunkt im Dreibund oder der Tripelente

über die Intervention orakelt. Aber kein Mensch kann aus dem Wirrwarr der Meinungen voraussehen, was der nächste Tag bringen wird.

Der militärische Zusammenbruch des osmanischen Reiches ist eine nicht wegzuleugnende Tatsache. Nach den neueren Meldungen bittet die türkische Regierung um Frieden, was aus einem Telegramm des „Reuterischen Bureaus“ hervorgeht.

Konstantinopel, 4. November. Die Pforte bittet die Mächte um ihre Mediation zwecks Einstellung der Feindseligkeiten und Einleitung von Friedensverhandlungen.

Über den Kampf mit der Ostarmee gibt die bulgarische Heeresleitung nachstehenden Bericht aus: „Die in der Schlacht von Lüle Burgas-Biza geschlagene türkische Armee jetzt den Rückzug ersprechend den beiden Hauptkampfgruppen im großen auf den beiden Linien über Tschortlu und westlich Sarajis fort. Die nördliche Kolonne versucht die Linie über Sarajis auf Stranza, die südliche jene auf Cataldza zu gewinnen, um in der dortigen befestigten Stellung nachmaligen Widerstand zu versuchen. Die unmittelbar nach dem Kampfe in voller Auf-

lösung geflüchteten Truppen haben sich durch das Eintreffen zweier türkischer Divisionen westlich Stranza und bei Kerkeshköj unterstützt, teilweise zu sammeln begonnen. Die Bulgaren sind befreit durch Vorschieben ihrer Vorposten über Saraj nach Stranza und Kerkeshköj den Türken den Rückzug zu verlegen. Das Vorrücken der Bulgaren erlitt eine Verzögerung durch Kämpfe in dem Waldgebiet südöstlich Biza, wird jedoch nach Zurückwerfen der dort befindlichen türkischen Truppen mit größter Energie weiter fortgesetzt. Im Kampfe bei Lüle Burgas wurde eine türkische Division von dem Gros der Armee nach Süden abgedrängt und zerstreut. Die Eisenbahnverbindung der Türken nach Catalda ist an mehreren Stellen unterbrochen.

Die Menschenopfer die dieser Krieg gezeitigt hat, werden als außerordentlich große bezeichnet. Im Laufe der letzten Woche sollen weit über 10000 Verwundete nach Sofia transportiert worden sein. Die Zahl der Toten wird auf bulgarischer Seite auf über 6000 zugegeben.

Anträge zum Weipreussischen Parteitag.

- Wahlkreis Schweg:**
- Der Provinzvorstand wird ersucht, uns mehr in der Agitation zu unterstützen, hauptsächlich in Schweg und Neuenburg.
- Thorn-Culm-Briefen:**
- Der Parteitag möge beschließen, daß bei der Landtagswahl 1913 alle in Betracht kommenden Wahlkreisorganisationen sich an der Wahl zu beteiligen haben.
 - Die Volkswacht ist in eine Tageszeitung umzuwandeln.

Danzig.

Die katholische Kirchenherrschaft

In St. Albrecht-Hardorf wurde in der Sitzung der Stadtverordneten am 28. Oktober wieder beleuchtet. Die Kirche ist bekanntlich unter alle gerichtlichen Instanzen, zuletzt durch das Oberverwaltungsgericht, verurteilt, für ihre Pächter einen Brunnen anzulegen. Er dem verstand sie sich nicht dazu, obwohl selbst der Senrumsarzt Dr. Thun öffentlich feststellte, daß das Wasser in dem vorhandenen Brunnen so schlecht sei, daß man sich wundern müsse, weshalb die Behörden noch nicht eingeschritten wären. Vermittelnde Vorschläge des Magistrats zur Teilung der Kosten ließ sie fromme und recht wohlhabende Kirchenverwaltung ablehnen. Über die freimüthig aufgepöbelte Macht der Schwarzblauen im Rathause ist sehr groß. Trotz des unglaublich rigorosen Verhaltens der Kirche trat der Magistrat wieder mit ihr in Verhandlungen. Er erklärte sich bereit, 2000 Mark von den 4400 Mark Gesamtkosten für den neuen Brunnen auf die Steuerzahler zu übernehmen. Die gerichtlich verurteilte Kirche übernahm dagegen nur 1400 Mark. Die restlichen 1000 Mark legte sie ihren Pächtern auf. Wie ihr diese Brandstiftung möglich war, teilte der freimüthige Vorschlag der Stadtverordnetenversammlung mit. Die Kirche nimmt den Pächtern nicht nur 65 Mark pro Morgen Pacht ab, sie läßt ihnen im Vertrage auch nur Pflichten! Die Rechte behält sie alle für sich. Die Pächter können jederzeit ohne Kündigung von dem im Schweghieses Angehörigen bearbeiteten Acker gejagt werden! Mit Hilfe dieses Sklaververtrages zwang die Kirche die Pächter zur Uebernahme der 1000 Mark, wenn sie nicht zum 11. November von Haus aus Hof getrieben werden wollten! B. wollte, daß die Stadt die armen Pächter gegen dieses terroristische Vorgehen der Kirche durch schützen solle, daß sie die 2000 Mark nur dann hergäbe, wenn

die Kirche die Restkosten selbst trage. Der Oberbürgermeister mußte zugeben, daß die Kirche die 1000 Mark von den Pächtern haben wollte. Er versprach sich aber nichts von weiteren Verhandlungen mit ihr. Dem höchst christlichen Verhalten der Kirche erstand nicht ein einziger Verteidiger. Vorschläge hatte sich auch gehütet, keine schwarzblauen Bloßbrüder durch die Stellung eines Antrages zu kränken. Man beschloß dann ohne Widerspruch das 2000-Mark-Geschenk an die Kirche, ohne auch nur den geringsten Versuch zu machen, die Pächter durch den großen Einfluß der Stadt gegen die kirchliche Bedrückung zu schützen.

Das schwarze Weipreussische Volksblatt (part nicht die stärksten Ausdrücke, um angebliche Ungerechtigkeiten „Ungläubiger“ an den Pranger zu stellen und sie als Beweise schänder Gottlosigkeit zu geißeln. Das ohne Beispiel dastehende Verhalten der frommen Kirchenverwaltung in St. Albrecht läßt sich allerdings nicht gegen die Gottlosen ausbeuten, denn es sind ja die allerfrömmsten, die sich an diesem, dem heiligen Adalbert geweihten Ort, an gut christlich gesimten armen Pächtern verdingen und ihre Notlage ausnützen. Deshalb schweigt die Entrüstung des schwarzen Blattes in allen Sprachen. Die ebenso frommen „unparteiischen“ Arbeitersekretäre Krause usw. veranstalten auch keine Protestversammlungen, um die Öffentlichkeit zu dem Schutz der Bedrückten aufzurufen. Die Klemme, in der die Zentrumssejuten jetzt sitzen, ist ihnen um so unbequemer, als es durch keine Verrenkung der Wahrheit möglich ist, das skandalöse Verhalten der Kirche zu bemängeln.

Schwarze Verleumdung.

Das hiesige Blatt der schwarzen Brigade bringt aus „Abgeordnetenkreisen“ unter der Signatur „Sozialdemokratische Beamtenfürsorge und — Unverschämtheit“ eine entstellte Darstellung über die Behandlung der Petition der Unterbeamten im Abgeordnetenhaus. Schon früher hatte sich ein Zentrumsmann — um im Jargon des Weipreussischen Volksblattes zu reden — die Unverschämtheit geleistet, den Sozialdemokraten vorzuwerfen, dieselben tun nichts für die Unterbeamten. Damals war unsern Genossen durch Schluß der Debatte die Möglichkeit geworden, den Schwarzen gebührend zu antworten. Im Verlaufe der Verhandlungen am 31. Oktober batte der Abg. Bartscher von der Jesuitenpartei wiederum diese Lüge auf neue zum Vorschein. Vorher hatte unser Genosse Liebknecht sich der Unterbeamten im Gegensatz zu der Regierung und den anderen Parteien warm angenommen und auch dem Abg. Bartscher gehörig das Fell gestrichen. Die wohlwollenden Neben der Regierung und namentlich die der Schwarzen werden die Unterbeamten nicht kalt machen. Nur durch die Tat muß man beweisen, ob man etwas

für die Unterbeamten tun will oder nicht. Letztere wissen ganz genau, soweit sie nicht von den Schwarzen verblödet sind, wo sich ihre wahren Freunde befinden. Freilich können bei dem Terrorismus des öffentlichen Wahlverfahrens die Beamten nicht nach ihrer Lieberzeugung stimmen, um nicht um ihre Stellung zu kommen. Aus eigener praktischer Erfahrung wissen wir, daß z. B. in einem Bezirk, in dem 25 Postbeamte inkl. 2 Schulbeamte wohnten, nicht weniger als 21 der Wahl fernblieben. Es erschien nur ein Postbeamter und ein Schulmann zur Wahl. Den ersteren hatten die Freimüthigen als Wahlmann aufgestellt — ohne ihn vorher zu fragen — sonst wäre auch er jedenfalls nicht zur Wahl gekommen. Die Unterbeamten sagen sich: Den wir möchten, dürfen wir nicht wählen und die andern können uns den Budel herunter rutschen. Die übergroße Mehrheit der Unterbeamten denkt so. Und wenn sie wählen müssen — um dem Terrorismus nicht zum Opfer zu fallen — gehen sie mit blutendem Herzen zur Wahl und müssen selbst ihre Rechte wählen. Die Beamten wissen besser als die unter der Fuchel der Kaplanokratie seufzenden Arbeiter, wer ihnen alle Lebensmittel verteuert hat. Unsere Partei ist jederzeit für die kleinen Beamten und Handwerker eingetreten und ist es darum eine in fame Verleumdung der Schwarzen, unserer Partei vorzuwerfen sie tun nichts für die Unterbeamten. Keine Partei hat sich der Unterdrückten bis jetzt so angenommen wie die unsrige. Nachdem nun der Abgeordnete Bartscher diese Lüge von neuem aufgetischt hat, ließ man unsere Genossen nicht mehr zum Wort kommen, indem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen wurde, für den die gesamte schwarze Partei stimmte. Diesen Umstand verschweigt natürlich das schwarze Blatt und behauptet, daß der Abgeordnete Bartscher wertvolles Material vorgelegt habe. Wir haben schon des öfteren festgestellt, daß keine Partei im Lügen und Verleumdungen der Sozialdemokratie gegenüber, den Reform der Schwarzen bisher geschlagen hat. Nun, dem Abg. Bartscher wird nichts geschenkt werden. Bei der ersten besten Gelegenheit werden unsere Genossen die Heuschrecke und die Unverschämtheit der Schwarzen gebührend berücksichtigen.

Wären die Schwarzen nicht allen politischen „Standes bar, hätten sie einem Schlußantrage nicht zugestimmt in der vorhergehenden Debatte ihre Vorführer unsere Partei in der schärfsten Weise angegriffen hatten.

Zu der Teuerungsdebatte im Abgeordnetenhaus

bemerkte der Landwirtschaftsminister v. Schorlemer-Neser, daß ein wichtiger Punkt, neben andern Mitteln zur Bekämpfung der Fleischsteuerung, die Förderung der Rindenzucht sei. Diesen Hinweis möchte der Unterzeichnete besonders unter-

Ergebnisse der bakteriologischen Untersuchungen des Herrn Dr. Knauliger, Leiter des bakteriologischen Instituts der Landwirtschaftskammer in Halle hat Kaninchenfleisch mehr feste Bestandteile (Nährwerte) als andere Fleischsorten. Die fünf hauptsächlich in Betracht kommenden Fleischsorten gruppierten sich nach Dr. Knauliger folgendermaßen:

Fleischsorte	nach König	nach Böhmer
Kaninchenfleisch	59,95 %	40,15 %
Hühnerfleisch	63,38 %	31,62 %
Schweinefleisch	72,89 %	27,11 %
Rindfleisch	75,50 %	24,50 %
Kalbfleisch	75,80 %	24,20 %

Auf der in Dresden abgehaltenen Internationalen Hygienekongress wurde der Kaninchenzucht ein hervorragender Platz angewiesen, an vielen Vergleichen und Beispielen der hohe Nährwert des Kaninchenfleisches veranschaulicht. Nach Untersuchungen bei dieser Ausstellung, zur Feststellung der Nährwerte der verschiedenen Fleischsorten, hat sich ergeben, daß Kaninchenfleisch von denen aller Haustiere an erster Stelle steht. Kaninchenfleisch hat 32,5 % an Nährwert, Schweinefleisch 27,4 %, Hühnerfleisch 26,5 %, Rindfleisch 24,5 %, Kalbfleisch 22,9 %.

Schwantes, Schriftf. des Kaninchenzüchter-Vereins Danzig.

Wir haben vorstehender Zuhilfenahme die Aufnahme nicht verweigert, weil wir vor der weitesten Fortschrittung auf wissenschaftlichem Gebiete allenfalls Bedenken haben. Wenn aber in dieser Zuhilfenahme gesagt wird, daß das anspruchslose Kaninchen in fast jedem Haushalte gezüchtet werden kann, so sind wir trotz der Einschränkung „fast“ doch anderer Meinung. Für kleinere Landstädte und Dörfer mag wohl dies „fast“ zutreffen, für größere Städte im allgemeinen nicht. Wenn die Kaninchenzucht zur Besserung der Fleischversorgung beitragen soll, so muß dieselbe sehr umfangreich betrieben werden können. Das ist aber für den Arbeiter nur in den leichtesten Fällen möglich. Daß es wohl manchem schwer wird einen Ochsen statt Kaninchen großzuzüchten, ist doch nicht ernst zu nehmen, denn das weiß jeder und betrachtet wir deshalb die Zucht von Kaninchen als eine Entlastung, oder einen kleinen Weg. Wird nun die Kaninchenzucht in großem Maßstab betrieben, so reichen die Abfälle des Haushaltes eines Arbeiters nicht zur Fütterung aus. Wenn aber Futter gekauft werden muß, so wird hier — wie man zu sehen pflegt — die Straße teurer wie das Fleisch. Wenn wir auch im Augenblicke nicht in der Lage sind, wissenschaftlich zu beweisen, daß daselbe Quantum Ochsenfleisch, d. h. wenn das Futter gekauft werden muß, sich billiger stellt, als Kaninchenfleisch, so zeigen wir aber doch sehr stark nach dieser Seite hin. Die Fleischversorgung kann nicht durch die Kaninchenzucht gebildet werden, sondern durch Fütterung anderer ungeliebter agrarischer Wirtschaftspolitik.

Der Sozialdemokratische Verein Danzig-Stadt hielt am Sonntag nachmittag im Bürgergarten zu Schidlich seine Generalversammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung trug der Vorsitzende Genosse Sellin den Jahresbericht vor. Dabei behauptet er eingehend die verfallenen Reichstagswahlen, dabei betonte, daß wenn wir auch in Westpreußen noch keinen Wahlkreis erobern konnten, so können wir aber doch mit Stolz auf das Gesamtergebnis der Wahlen zurückblicken. Aber auch in Westpreußen hat sich die Stimmzahl auf andere Kandidaten sehr erheblich erhöht. In dem Beschlusse bezüglich der Meister konstituierte der Redner, daß alle in Betracht kommenden Angehörigen in Danzig ihren Berufsständen nach...

Der gebokkottete Unteroffizier.

„Und was sind Sie in Ihrem bürgerlichen Berufe?“
„Ich Schupmann!“
„Ich Schupmann!“ — „Hm! Wohnen Sie hier?“
„Ja, Herr Hauptmann.“
Der Dritte der Gefragten war glücklichweise ein Fürstentum. Er war auch zu kurz gekommen, wenn man zufällig die beiden Fremden zur Militärprüfung unternehmen hätte. Das wäre ein überaus schmerzliches gewesen. Denn wer sollte denn die beiden Kandidaten in den Straßen wegfangen?
„Sag der Richter den Schupmann hier, wie der zweite Schupmann Schupmann ist in Deutschland in Schweden, wie das Genosse hier. Die können nicht mehr mit die Antikennen her?“
„Und wie heißen Sie?“ wandte sich der Gefragte jetzt an den Mann mit dem Schnurrbart.
„Schupmann.“
„Sag mir was Sie?“
„Schupmann.“
„Schupmann!“ — „Und Sie wohnen hier?“
„Ja, Herr Hauptmann.“
Der König des Borgebietes ist in der behäbigen Gestalt des alten Unteroffiziers der Kompanie präsent.
„Welche Kneipe haben Sie?“
Der Kompaniechef nennt den Namen des Lokals.
„Da wohnen ja aber Sozialdemokraten. Ich glaube, das wird ja nicht gut gehen.“
„Hm! Herr Hauptmann!“ — Die Antikennen des Kompaniechefs sind bei dieser Antwort in langsame Bewegung, der Kompaniechef nickt mit dem Kopf.
„Hm! Herr Hauptmann!“ — Sie wissen doch, meine Herren, daß wenn diese Kompanie nicht in Schweden, sondern in Deutschland in den eigenen Heimen zu wohnen, besserer bürgerlicher Kompanie zu wohnen, dann eine ganz kleine in die Kompanie quartieren zu werden. — Was ist es aber bei mir Kompanie, ich kann Sie doch unterbringen bei mir Kompanie.“
„Sag mir was Sie?“
„Schupmann.“
„Sag mir was Sie?“
„Schupmann.“
„Sag mir was Sie?“
„Schupmann.“
„Sag mir was Sie?“
„Schupmann.“

kommen sein. Er gab dann noch eine Uebersicht über die im letzten Jahre stattgehabten Agitationen und Demonstrationen, veranstaltungen aus Anlaß der Wahlrechtsforderung und der Teuerung. Weiter sucht der Redner den Misserfolg bei den Stadtverordnetenwahlen zu erklären. Der bürgerliche Mißmach hat noch mehr Stimmen eingebüßt als wir. Jedoch soll das für uns kein Trost sein. Nur fortgesetzte Agitation und Aufklärung könne uns zu Erfolgen führen.
In diesen Bericht schloß sich eine längere Aussprache in der der Genosse Bartel die Polizei- und Justizmaßnahmen gegen unsere Partei im letzten Jahre unter die Lupe nahm. Die Nadelstichpolitik der Behörden müsse für uns ein Ansporn sein, erst recht nicht zu erlahmen und auf der gesteckten Bahn weiter zu arbeiten, trotz aller freundlichen Behandlung, die uns die Behörden zuteil werden lassen. Besondere Kritik legte er an das Urteil des Landgerichts über das Leichenbegängnis einer Genossin, in welcher Sache der Pastor Lange Langfuhr eine so schöne Rolle gespielt habe. Der Kernpunkt der Diskussion bildete der Rückgang unserer Stimmzahl bei den Stadtverordnetenwahlen, den die Redner nach allen Seiten hin ventilieren und zu erklären suchte. Dem Gesamtvorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt.
Zur Neuwahl des Vorstandes wurde beschlossen, diese bis in den April des nächsten Jahres zu verschieben, weil auch der Parteivorstand sein Geschäftsjahr verlegt hat, so daß dies mit Ende März jeden Jahres abschließt.

Der Verkauf des russischen Schweinefleisches hat am Montag begonnen, wie dies durch rote Plakate an den Plakatsäulen bekannt gemacht wurde. Die hiesigen Fleischer haben sich besonnen und den Verkauf übernommen. Wie verlautet haben sich über 50 derselben zu dem Verkaufe gemeldet. Es wurden bisher an die Fleischer etwa 50 Schweine zum Verkauf abgegeben. Das übrige Fleisch wird in der Markthalle und in einer Verkaufsstelle auf dem Schlacht- und Viehhofe dem Publikum zum Kaufe zugänglich gemacht. In der Markthalle hat am Montag nachmittag der Verkauf begonnen. Ob und wann eine zweite Sendung russischen Schweinefleisches hier eintrifft, ist noch nicht bekannt.

Nehmen Sie sich zu Herzen

was Rockefeller über die Reklame gesagt:

„Mein Sohn, mache nur Geschäfte mit solchen Leuten, die viel inserieren, du wirst immer gut dabei fahren!“

Eine vorzunehmende Erziehung eines Besitzers in den Vorstand, ergab die Wahl des Genossen Fr. Spill.
Als Reichstagskandidat für den Stadtkreis Danzig wird auch weiterhin Genosse Marzawald beibehalten.
Als Delegierte zum westpreussischen Parteitag werden gewählt die Genossen Fr. Spill, Otto Spill, Ringe, Martins, Pietner, Unterhalt und die Genossen Malikowski.
Weiter wurde beschlossen, dem Vorsitzenden für seine Mühewaltung eine Entschädigung zu gewähren. Auch wurde noch auf die am 14. November stattfindenden Gewerbergerichtswahlen aufmerksam gemacht und jedem Genossen die Pflicht ans Herz gelegt, für die Kandidaten der freien Gewerkschaften tatkräftig einzutreten. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Die Bauämter in Danzig hat im dritten Vierteljahr 1912, wie das Statistische Amt der Stadt berichtet, 45 Wohnhäuser neu errichtet. Nach den Schlussabnahmen sind insgesamt 317 Wohnungen fertiggestellt; hieron waren zwei solche von einem Zimmer und Küche, 146 solche von zwei Zimmern und Küche und 94 solche von drei Zimmern und Küche. Auf Kleinwohnungen von zwei Zimmern und Küche entfallen demnach nahezu 47 Prozent aller hergestellten Wohnungen. Nur 30 Wohnhäuser hatten fünf und mehr Zimmer.

Verhältnismäßig am stärksten war die Bauämter in Langfuhr, anschließend in Zigarettenberg und Hochstrief, wo 29 Wohnhäuser errichtet wurden mit 153 Wohnungen. Hier geht der Anteil der Zwei-Zimmerwohnungen auf rund 85 Prozent zu rück. In der Altstadt wurden fünf Wohnhäuser errichtet mit 94 Wohnungen, davon rund 66 Prozent Zwei-Zimmerwohnungen. Der Neuzugang an Wohnungen, d. h. die Zahl der Wohnungen in Neubauten, vermindert sich um die Zahl der Wohnungen in abgebrochenen Gebäuden. Sie beträgt im Berichtsquartal 248, es sind also durch Abbruch 71 Wohnungen beseitigt worden. Insbesondere sind in der Altstadt 30 Wohnungen, in der Reichstadt 37 durch Abbruch oder Umbau in Abgang gekommen. Geschäfts-, Fabrik- und Werkstatthaltegebäude wurden in der Berichtszeit acht errichtet, davon drei in Langfuhr. Zur Höhe abnahme gelangten in der Berichtszeit 31 Häuser, von denen wiederum der Hauptteil (20) auf Langfuhr entfällt. Von diesen 20 Häusern sind allein 13 von den Baugenossenschaften errichtet worden. Zur Beurteilung der gegenwärtigen Lage des Baumarcktes sei noch angeführt, daß in der Berichtszeit 21 Bauten neu begonnen wurden, davon sechs in der Altstadt, sieben in Langfuhr und drei auf dem Trogl.

Der Verkauf des russischen Schweinefleisches hat am Montag begonnen, wie dies durch rote Plakate an den Plakatsäulen bekannt gemacht wurde. Die hiesigen Fleischer haben sich besonnen und den Verkauf übernommen. Wie verlautet haben sich über 50 derselben zu dem Verkaufe gemeldet. Es wurden bisher an die Fleischer etwa 50 Schweine zum Verkauf abgegeben. Das übrige Fleisch wird in der Markthalle und in einer Verkaufsstelle auf dem Schlacht- und Viehhofe dem Publikum zum Kaufe zugänglich gemacht. In der Markthalle hat am Montag nachmittag der Verkauf begonnen. Ob und wann eine zweite Sendung russischen Schweinefleisches hier eintrifft, ist noch nicht bekannt.

Aus Westpreußen.

Elbing.
Das angekündigte russische Fleisch ist bisher noch nicht eingetroffen. Wie uns mitgeteilt wird, ist jedoch die Sendung jeden Tag zu erwarten. Die russischen Schweine sollen bereits in Thorn eingetroffen sein. Hoffentlich läßt das Fleisch nicht mehr lange auf sich warten.

Georgendamm.
Die Neupflasterungsarbeiten des Georgendamms erleiden infolge Steinmangels eine arge Verzögerung. Die Arbeiten dauern bereits vier Monate. Wiederholt war der Mangel an Steinen die Ursache, daß die Arbeiten nicht fortsetzbar ausgeführt werden konnten.

Eisbahn.
Die Eislaufbahn auf dem Elbingfluß zwischen der Höhen und der Leegen Brücke ist für die drei kommenden Winter an Herrn Anton Braun, den bisherigen Pächter für 470 Mark pro Jahr verpachtet worden. Die bisherige Pacht betrug 320 Mark. Der Pächter darf aber für das Eislaufen nicht höhere Sätze beanspruchen als bisher.

Bereitelter Raubmordversuch?
Der Elbinger Polizei ist ein guter Junge gelungen. Der wohnungslose Melker Hermann Barkowski teilte zwei andern Handwerksburschen mit, daß er die Absicht habe, in der Umgebung von Elbing einen Einbruch zu verüben, zu rauben und etwaige Widerstandleistende zu ermorden; er suchte sie zu überreden, ihm dabei behilflich zu sein, legte ihnen auch einen Plan der Wohnräume des als Wirkungskreis ausersehen Hauses vor. Die beiden Handwerksburschen gingen scheinbar darauf ein; der eine erstattete dann aber bei der Polizei Anzeige, während der andere Elbing verließ. Barkowski, der von der Staatsanwaltschaft in Stolp wegen Diebstahls flechtbrieflich gesucht wird, konnte in der Herberge zur Heimat verhaftet und ins...

Er dachte sich den Rest dessen, was er noch sagen wollte. — Nun kam er in Konflikt mit sich selbst wegen dem Militärverbot, daß über die sozialistische Kneipe desjenigen, der sein ältester Unteroffizier war und den er selbst im Verdacht hatte, destruktiven Tendenzen zu huldigen, verhängt war. Sozialistische Unteroffiziere, die sozialistische Kneipen unterhalten, als Erzieher und leuchtende militärische Vorbilder für die Gemeinen... sozialistische „Stellvertreter Gottes auf Erden“ — Schöpferschwermet, das schloß gerade noch.

Er zapfte an seinem Schnurrbart herum und schaute immer wieder auf den wohlgenährten Restaurateur und „ältesten Unteroffizier der Kompanie“. Gelangweilt stand die uniformierte Telegraphenjunge neben ihm: sie wagte ihm keinen Rat zu geben, weil sie selbst keinen hatte.
„Nun, wissen Sie was, S...“, wenn es nun nicht anders geht — wir können Sie doch nicht erst besonders einquartieren, — so mag Ihnen der Verbleib in Ihren Restaurationsräumen — hm! — verstatet bleiben, aber — ziehen Sie wenigstens allemal die — die — Uniform aus, verstanden?“
„Ja wohl, Herr Hauptmann!“ — Damit war der klügliche Punkt erledigt. Der Hauptmann amnete sich.
„Es ist doch eigentlich eine versch... Geschichte mit dem Militärverbot“, meinte er zu dem neben ihm herziehenden Leutnant — „da muß man den Boykott über die Kneipen der unmittelbaren Borgebietes der Gemeinen verhängen, d. h. die Leutnant büßen ihre Borgebietes nicht besuchen, denen sie doch sonst in Allem unbedingtesten Gehorsam schuldig sind. Des ist ein höchst ungesunder Zustand.“

Der Leutnant mußte ihm natürlich beipflichten. „Und heute abend muß der Feldwebel Schneider den Reservisten vorlesen, daß sie nicht in das Lokal ihres ersten Unteroffiziers S... gehen sollen.“ fügte derselbe hinzu.
Der Hauptmann nickte mit dem Kopfe. Er wollte deshalb mit Schneider Rücksprache nehmen.
Am Abend desselben Tages trat der Feldwebel Schneider an keinen Ort, den diesen Bierwirt S... heran.
„Ja“, meinte er zu demselben — „ich muß nachher den Leuten die Lokale verlassen, welche ihnen zum Besuch verboten sind. Da ist auch das Pettinge dabei.“
„Das weiß ich schon.“ — antwortete launig der gebokkottete Unteroffizier. — „Ich muß noch froh sein, daß ich von meinem Bier in meinem Hause ein Glas trinken darf.“ —
„Pettinge, Du mußt ja eigentlich dabei sein, wenn ich den Leuten verbiete, Deine Kneipe zu besuchen, aber ich soll Dir sagen, wenn Du willst, so brauchst Du nicht dabei zu sein, verstanden —?“
„Hm! S...“, war nicht beim Verlesen und die Gemeinen lesen nicht zum Bier und nicht zu Tanz bei ihm. Er war eben ein gebokkotteter Unteroffizier.
Daß seine Unteroffizierskollegen ihn eifrigst besuchten, war natürlich. Sollten Sie dem „Kameraden“ sein Bier sauer werden oder ihn das Bier altsein trinken lassen? —
Aus dieser wahrhaftigen Geschichte möge der Leser erkennen, daß auch die Militärverbote eine heitere Seite haben.

Berichtgefängnis eingeliefert werden. Bei seiner Festnahme gab er an, daß er die Absicht der Ausführung seines Plans gehabt habe. Vorgefunden wurde bei B. ein Revolver, 41 Patronen und verschiedene Dietriche. E. 3.

Marienburg.

Keine Einverleibung.

Hoppenbruch lehnte die Eingemeindung ab. Die Gemeindevertretung von Hoppenbruch beriet zum dritten Male über den Antrag einer Eingemeindung nach Marienburg. Der Sitzung wohnten die Herren Landrat Hagemann und Erster Bürgermeister Born bei. Die Gemeinde erhebt jetzt 400 Prozent Kommunalabgaben trotz hoher Zuschüsse aus Provinzial- und Staatsmitteln. Wasserleitung und Kanalisation fehlen, Trottoirs dergleichen. Die Gemeindevertretung entschied sich mit 7 gegen 4 Stimmen für die Fortdauer ihrer Selbständigkeit.

Polizeihund Heze.

Von einem Polizeihund ermittelt wurde der Dieb, der dem Gasthofbesitzer Zander in Reukirch große Mengen Obst aus seinem Garten gestohlen hatte. Der Polizeihund „Heze“ aus Dirschau nahm sofort die Spur auf und führte in einen Viehstall, wo ein Teil des gestohlenen Obstes in einer Futterkiste gefunden wurde. Heze verbellte mehrere Knechte auf dem Felde, die nach anfänglichem Leugnen ihre Täterschaft zugaben.

Ungültige landrätliche Verfügung.

Eine landrätliche Verfügung vom 17. Januar 1912, die den Gastwirten in den Dörfern des Kreises Marienburg die Polizeistunde zur Schließung der Schankstätten an den Sonntagen auf 2 Uhr nachmittags festsetzt, wurde am gestrigen Donnerstag von dem Marienburger Schöffengericht für ungültig erklärt, da sie nach Ansicht des Gerichts im Widerspruch mit der Regierungspolizeiverordnung vom 23. Januar 1901 steht. Nach der Lehren ist die Polizeistunde auf dem Lande auf 10 Uhr festgesetzt. Der Gastwirt Niehr in Palschau, der der landrätlichen Verfügung zuwider handelt und an den Sonntagen auch nach 2 Uhr Gäste in seinem Schanklokal geduldet, wurde freigesprochen.

Marienwerder.

Parteiversammlung.

Hier tagte am 3. November eine außerordentliche Parteiversammlung, die nur sehr mäßig besucht war. Genossin Malikowski-Danzig referierte über das Thema: „Die Frau im Kampf ums Brot.“ Anträge zum Westpreußischen Parteitag wurden nicht gestellt. Als Delegierter wurde der Vorsitzende Genosse Brojowski gewählt. Ueber den Chemnitzer Parteitag referierte Genosse Behl. Der Besuch und der Geist

in der Versammlung ließen viel zu wünschen übrig. Hoffentlich wird es hier bald besser.

Kreistagsitzung.

In der Kreistagsitzung wurde der Bau eines Kreishauses beschlossen. Die Kosten im Betrage von ca. 300 000 Mark sollen aus dem Sonderbaufonds gedeckt werden. Es wird ein Preisausschreiben zu einem Entwurf für diesen Bau veranlassen.

Selbstmord eines Veteranen.

Wegen eines nichtigen Zerwürfnisses mit seiner Frau erhängte sich der auf der Borkener Allee wohnhafte 76 Jahre alte Veteran und Rentenempfänger Julius P. Der alte Mann hatte gestern Abend nach vorausgegangenem Streit seine Frau aus der Wohnung gewiesen und sich dann eingeschlossen. Heute morgen, als man die Wohnung gewaltsam öffnete, fand man den P. erhängt vor. Ein Bruder des Toten hat gleichfalls in vorgerücktem Alter Selbstmord begangen, ebenso ist f. St. ein Sohn dieses Bruders freiwillig in den Tod gegangen. P. war früher Besitzer in Wandau und lebte in auskömmlichen Verhältnissen.

Konitz.

Stadtratswahl.

In der Sitzung der Stadtverordneten vom 29. Oktober wurde Herr Anstaltsdirektor Kampe zum Stadtrat gewählt. Der katholische Kandidat, Stadtverordneter Rhode, blieb in der Minderheit. Damit bleibt der hiesige Stadtrat katholikenrein, zum Scherze des Danziger Jesuitenblattes. Herr Kampe ist protestantischer Konfession. Wir haben immer geglaubt, bei Kommunalwahlen kommen weder politische noch religiöse Gesichtspunkte in Betracht, aber bei den Katholiken scheint dies anders zu sein. Und wenn die katholischen Mäher nicht auf ihre Rechnung kommen, hegt man gegen die Evangelischen. Echt christlich-brüderlich.

Dt. Krone.

Die streikende Turmuhr.

Ein recht interessanter Fall christlich-katholischer Toleranz hat sich hier abgespielt. An der Eingangstür der katholischen Pfarrkirche war ein Zettel angehängt mit folgender Aufschrift: „Bekanntmachung für die Katholiken der Pfarrkirche Dt. Krone. Da die kath. Pfarrkirche durch den Gerichtsvollzieher unter Hinzuziehung der Polizei gewaltsam geöffnet worden ist, findet in derselben bis auf weiteres kein Gottesdienst statt. Auch an Wochentagen nicht. Es wird auch nicht geläutet werden.“ Dt. Krone, 28. Oktober 1912.

Katholisches Pfarramt. Prandke.“

Die Turmuhr der Pfarrkirche ist gleichzeitig Stadtuhr. Die Uhr stand seit Monaten still. Der Magistrat und die katholische

Kirchengemeinde waren nun darüber in Streit geraten, wer die Uhr zu unterhalten hat. Die Uhr war nur am Schlagwerk reparaturbedürftig, sonst war dieselbe in Stande und ging. Der Bürgermeister bestimmte, daß die Uhr aufgezogen werde schon bevor das Schlagwerk repariert war. Dem Beauftragten des Bürgermeisters wurde jedoch der Eintritt in die Kirche verweigert. Nun kam die Sache zum gerichtlichen Austrag. Durch einen Gerichtsvollzieher unter Assistenz von Polizeibeamten wurde die Kirchentür gewaltsam aufgemacht und die Uhr aufgezogen. Darauf wurde dann der Zettel an die Kirchentür geschlagen. Die Sache hat in unserer Stadt große Erregung hervorgerufen. Es ist traurig, wenn sich eine Gemeinde vor einer Kirchenbehörde beugen soll. Diese Intoleranz der Kirchenbehörde wird manchem die Augen über die wahre Gestalt des Christentums öffnen.

Stuhm.

Reichsverband.

Am Sonnabend, den 26. Oktober, fand hier eine Versammlung statt zur Gründung einer Ortsgruppe des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie. Gewerbestellrat Laube-Königsberg sprach über das Thema: „Die Sozialdemokratie eine nationale und wirtschaftliche Gefahr.“ Es sollen 50 Mitglieder beigetreten sein. Wir möchten unseren Genossen die Namen des Vorstandes mitteilen, damit sie sich danach richten können, was von den Herrn zu erwarten ist. Vorsitzende Kreistierarzt Dr. Schmidt und Maurer- und Zimmermeister Specht, Schiffsführer: Hauptlehrer Eick und Aktuar Preuß, Kassierer: Kreisassistent Roeder und Ackerbürger Stadtverordneter A. Preuß und Beisitzer: Zimmergeselle Sombrowski, Besitzer Lucht und Apothekenbesitzer Cohn. Also auch ein Arbeiter befindet sich unter den Vorstandsmitgliedern, der die Sozialdemokratie mit bekämpfen will. Was von solchen Arbeitern zu halten ist wird jeder wissen. Traurig wenn sich Arbeiter dazu hergeben, gegen ihre eigenen Klassengenossen zu kämpfen und damit natürlich gegen sich selbst.

Stadtverordnetenitzung.

In der Sitzung am 1. November faßte die Stadtverordnetenversammlung den grundsätzlichen Beschluß, die höheren Privatschulen als höhere Stadtschulen auf den städtischen Etat vom 1. April 1913 ab zu übernehmen, eine einklassige Schule auf Stuhmmerfelde und eine neue Volksschule in der Stadt zu bauen. Die endgültige Beschlußfassung darüber erfolgt nach Regelung der Deckungsfragen.

Culm.

Der „Segen“ der Teuerung.

Wie aus Culm gemeldet wird, sollen dort und in der Umgegend die Diebstähle recht umfangreich betrieben werden. Es ist



8 billige Eröffnungstage

in Herren- u. Knaben-Konfektion zu enorm billigen Preisen.

Sie sparen Geld!

- Ulster in modernen englischen Stoffen 15.75 an
- Winter-Paletots Double u. Eskimo v. 12.50 an
- Loden-Joppen mit schwerem Futter v. 6.50 an
- Jackett-Anzüge Ersatz für Maß v. 12.50 an
- Stoff-Hosen v. 2.50 an
- Knaben-Anzüge aus prima Stoffen v. 4.50 an

Maß-Abteilung unter Leitung eines erstklassigen akademisch gebildeten Zuschneiders.

Anzüge nach Mass von 36.00 an

Beachten Sie unsere Schaufenster!

Jeder Käufer erhält ein hübsches Geschenk.

Czerninski & Co.

Ecke Junkergasse. Breitgasse 121/122. Ecke Junkergasse.

Unterkleidung

für den Winter

- Trikot-Untertailen m. langem u. kurzem Arm 1,20 an
- Trikot-Beinkleider 2,10 an
- Trikot-Reformbeinkleider 2,45 an
- Valour-Röcke 1,35 an
- Frisade- u. Boy-Röcke 4,75 an

Schürzen

- Haus-Schürzen 75 an
- Reform-Schürzen 95 an
- Tierschürzen 75 an
- Schwarze Panama-Schürzen 1,65 an
- Kinder-Schürzen mit Trägern und Besatz 45 an

Barzahlung 4 % Sämtl. Wintertrikotagen Barzahlung 4 %

Ertmann & Perlewitz

Holzmarkt 23, 25, 26 :: Breitgasse Ecke.

Badeanstalt Albert Petter

vorm. A. W. Jantzen, Vorstadt, Graben 34. Telephon 801.

Neueinrichtung.

Wannenbäder 30 Pfg. mit Seife u. Wäsche in Sonderabteil.

Kartonnagen-Arbeiterin,

gebübt, bei hohem Lohn sofort gesucht. Erste Westpreuß. Kartonnagenfabrik, Breitgasse 81.

Aufwartefrau

alleinstehend, von 7-12 Uhr ges. Schwarzes Meer 10, 1 links.

Dienstmädchen

kann sofort eintreten Brabank Nr. 4, 2 Treppen links.

Aufwartefrau f. einige Stunden vor-mittags gesucht. Tharnischer Weg 12, 2.

Nur in dringenden Fällen

wollen unsere verehrlichen Inserenten etwaige Anzeigentexte

telefonisch aufgeben

da wir für Fehler, die durch falsches Verstehen verursacht werden, keine Verantwortung übernehmen können.

Expedition der „Volkswocht“



Neu erschien in billiger Volks-Ausgabe:

Die Kommune

Roman von Paul und Viktor Margueritte. Uebersetzt von H. Frick. Mit Einleitung von Herm. Wendel.

Preis: früher befristet Mk. 5.-- jetzt nur Mk. 4.-- gebunden früher Mk. 7.-- jetzt nur Mk. 1.50.

Der große Heldentum der Pariser Kommune, den August Bebel 1871 im Reichstag ein Vorkämpfer der kommunistischen proletarischen Revolution nannte, entrollt sich in diesem Buch. Es ist ein Buch, das mit recht, das erwählt, das erhebt! Jeder Klassenbewusste Arbeiter sollte diesen Roman, der geschichtliche Treue mit spannender Handlung vereint, kaufen und lesen!

Zu beziehen durch die Buchhandlung Volkswocht, Danzig, Paradiesgasse 32.

Junger Mann findet Schlafstelle Heil. Geistgasse 77, 2 Tr.

Junger Mann findet von sofort Logis mit Beköstigung Heil. Geistgasse 92, Hof, 1 Treppe.

Laufbursche

per sofort gesucht. Melkerei Dohm, Altstädter Graben 29-30.

Central-Theater

Elbings größter u. schönster Kino

Nur Brückstrasse 15.

Neues Programm!

Darunter

ein Hauptschlager und herrliche Dramen sowie Humoresken.

Jedes Bild ein Schlager!

Die Direktion.

eine alte Erscheinung, wenn die Not unter den unbemittelten Klassen groß ist, daß dann die Berge gegen das Gigantum sich mahren. Die zurzeit herrschende Leuerung, zumal die des Fleisches, ist eben eine Folge ungesunder agrarischen Wirtschaftspolitik. Mit der Bestrafung der Diebe wird die Frage der Leuerung nicht gelöst werden. Daß in erster Linie bei den Diebstählen Nahrungsmittel, wie Kartoffeln usw., in Betracht kommen, ist ganz erklärlich. Die Schuld an dieser unheilbaren Kalamität tragen die bestohlenen Agrarier. Würden diese nicht in der raffiniertesten Weise das Volk durch ihre betrügerische Wirtschaftspolitik ausrauben, würden die Eigentümern der Vieh bis auf ein Minimum von der Viehfläche verschwinden. Das muß bei solchen Umständen immer und immer vor Augen geführt werden. Man darf sich darum nicht wundern, wenn man gefehlich plündert, daß dann der Geplünderte dieses Hochs auch für sich in Anspruch nimmt, dies wird aber als Diebstahl bestraft. Die Urheber gehen jedoch frei aus, wie immer.

Pr.-Friedland.

Die rote Fahne.
Uns wird geschrieben: Am Sonntag, den 20. Oktober, fand hier wie allwärts eine Protestversammlung unter freiem Himmel statt. Wir hatten, wie gewöhnlich, eine rote Fahne gesenkt mit der Aufschrift: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Nun hatten wir aber vergessen, die Fahne abzunehmen und am andern Morgen war Fahne und Stange verschwunden. Am Montag früh ging ich gleich zur Polizei, um den Diebstahl anzumelden und gab auch an, wo gesucht werden sollte. Da nun Montag nichts geschah, ging meine Frau Dienstag früh nochmals hin, um zu sehen, was nun geschehen würde. Da wurde ihr gesagt, so schnell geht das nicht, der Polizeidienst muß erst Erkundigungen einziehen. Darauf sagte meine Frau: „Dann lassen Sie es lieber sein, denn nach ein paar Tagen hat es doch keinen Zweck mehr.“ Wir armen Friedländer Proletarier sind nun um eine Fahne ärmer und um eine Erfahrung reicher. Breiherd gibt es noch mitleidige Menschen, welche uns wieder zu einer Fahne helfen. An alle Pr.-Friedländer Arbeiter möchte ich die Mahnung richten, sich zu organisieren und in unsere Reihen einzutreten, damit bei der nächsten Reichstagswahl auch über Pr.-Friedland das rote Banner weht, welches uns dann nicht mehr gestohlen werden kann.

Schlochau.

Grober Unfug.

An dem Promenadenwege sind zehn Jemenständer, die mit eisernen Stangen verbunden sind, gewaltsam aus der Erde gerissen worden. Auch sind an einzelnen Ständern die oberen Teile abgebrochen. Die Polizei im Verein mit dem Polizeihunde suchte eifrig nach dem Täter. Es ist nicht das erste Mal, daß solcher Unfug verübt wird. Vor kurzer Zeit erst war dies geschehen. Damals wurden die Täter mit Hilfe des Polizeihundes ermittelt.

Graudenz.

Gewerkschaftsversammlung.

Am 3. November taate hier eine Gewerkschaftsversammlung. Genosse Julius Gehl referierte über das Thema „Sozialpolitik und Gewerkschaften“. Der Vortrag wurde sehr festlich aufgenommen. Mehrere Genossen abonnierten die Volkswacht und wieder andere ließen sich in den sozialdemokratischen Verein

aufnehmen. Die Versammlung war von einem guten Geist befeelt und ist zu hoffen, daß nunmehr auch die Gewerkschaften die Notwendigkeit der Parteiorganisation einsehen und danach handeln werden.

Zur Eladierung der Fleischnot.

Die Genehmigung zur Einführung russischen Fleisches ist nunmehr auch unserer Stadtgemeinde erteilt worden. Es sollen 100 Zentner eingeführt werden und zwar ein Drittel Rindfleisch und zwei Drittel Schweinefleisch. Die Graudenzler Fleischer haben sich bereit erklärt, wie wir schon in Nr. 88 der Volkswacht meldeten, den Verkauf des russischen Fleisches zu übernehmen mit einem Preisausschlag von 10 Prozent.

Tuchel.

Stadtordeordnetenwahlen.

Die Schwarzen betreiben hier eine eifrige Agitation zu den bevorstehenden Wahlen und appellieren an die niedrigsten Instanzen der Bevölkerung. Die konfessionellen Gegensätze werden hervorgerufen, um die jüdischen und evangelischen Vertreter aus dem Stadtordeordnetenkollegium zu entfernen. Leider ist die hiesige Arbeiterschaft am Orte sich nicht selbstbewußt genug, um aus ihren Reihen Vertreter aufs Rathaus zu senden. Zeitgemäß wäre es, daß dort auch Arbeiter vertreten wären, um das Gesamtwohl der Bevölkerung wahrzunehmen zu können. Die Arbeiterschaft hat eben nur das Recht, Steuern zu zahlen. Zum Mitteln braucht man die Arbeiter nicht.

Kleine Nachrichten aus Westpreußen.

Konitz. Der von hier wegen Unterschlagung flüchtig gewordene Halbjahresbrante H. Gieding ist in Berlin verhaftet worden und wird in das hiesige Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert werden.

Jemsburg. Ein prächtiges Meteor, das hier hell leuchtete, wurde hier gestern um 7 Uhr abends beobachtet. Es flog bläulichweiß von Norden nach Süden, hatte die Gestalt einer Angel und erstrahlte in Nordostem Richte. Die Sichtbarkeit dauerte nur wenige Sekunden.

Flatow. Die Stadtordeordneten-Versammlung beschloß endgültig den Bau einer zentralen Wasserleitung und erteilte den Zuschlag an die Berlin-Anhaltische Wasser- und Kanalisationsgesellschaft für 160.000 Mk.

Culmbach. Die diesjährige Stadtordeordneten-Ergänzungs-wahlen haben am 21. November d. J. statt.

Frauenbewegung.

Die Spaltung in der Frauenstimmrechtsbewegung.

Schon seit Jahren lebt im Deutschen Verband für Frauenstimmrecht der Kampf um den Paragraphen 3 der Satzungen, in dem als Programmforderung das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle Frauen aufgestellt ist. Eine Widertheit der Mitglieder verlangte die Streichung dieser Forderung mit der Begründung, daß die bestimmte Festlegung der geforderten Form des Wahlrechts gegen die parteipolitische Neutralität des Verbandes verstoße und eine Verständigung mit der gemäßigten Richtung der Frauenstimmrechtsbewegung unmöglich mache.

Die gemäßigte Richtung, die in einem besonderen Verbande organisiert ist, verlangt, nur das gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen, was in Preußen also die Ausdehnung des geltenden Dreiklassenwahlrechts auf die Frauen bedeuten würde.

Gegen diese Richtung haben sich die Führerinnen der radikalen Frauenbewegung, unter anderem auch Minna Cauer als Vorsitzende des preussischen Landesvereins für Frauenstimmrecht und

Frau Long Breitscheid als Vorsitzende der Groß-Berliner Ortsgruppen, mit der Begründung gewandt, man dürfe nicht für die Frauen ein Wahlrecht fordern, das gerade die arbeitenden minderbemittelten Frauen benachteilige. Eine Beiratsitzung des Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht hat nun in Weimar auf Anregung der Hauptvorsitzenden Dr. Anita Augspurg beschloffen, der Generalversammlung einen Kompromißantrag zu empfehlen, wonach nur das gleiche Wahlrecht für alle Frauen gefordert werden soll. Mit diesem Kompromiß sind nun sowohl die radikalen wie die gemäßigten Mitglieder unzufrieden.

Die radikalen Frauen vermissen die Forderung der geheimen und direkten Wahl und die gemäßigten sehen auch in dem gleichen Wahlrecht eine parteipolitische Forderung, die von national-liberalen Frauen nicht unterschrieben werden könne. Obwohl die Beiratsitzung keine bindenden Beschlüsse fassen, sondern nur Vorschläge machen konnte, haben die Führerinnen der radikalen Richtung, darunter auch Frau Minna Cauer, nach dem Beschluß des Beirats sofort ihren Austritt aus dem Verband für Frauenstimmrecht angekündigt. Frau Breitscheid hat ihren Austritt schon vollzogen und viele Mitglieder in Berlin und anderen Städten sind diesem Beispiel schon gefolgt. Es sind schon Vorbereitungen getroffen worden zur Gründung eines neuen Verbandes für die radikale Richtung der Frauenstimmrechtsbewegung.

Kleines Feuilleton.

Neues Reiterlied.

Hufaren müssen reiten
Beherzt durch Feld und Flur,
Die Sporen in die Flanken,
Von Danzig bis Langfuhr;
Trompeten müssen schmettern
In kriegerischem Ton,
Denn an der Spitze galoppiert
Der junge Kaiserjohn.

Der Dolman weht im Winde,
In Floden fliegt der Schweiß,
Und auf des Sattels Leder
Reibt feurig sich der Steiß;
Heut gilt die höchsten Ehren
Zu ernten, denn es rief
Die Filmfabrik G. m. b. H.
Sie vor ihr Objektiv.

Vier Stunden exerzieren
Ist eine harte Zeit,
Doch winkt dafür zum Lohne
Euch die Unsterblichkeit;
Den Feinden und Gefahren
Ihr ernst ins Auge saht,
Seht, bitte, heut recht freundlich an
Den Mann am Apparat.

Denn wenn im Grab einst schlummern,
Der Reiter und sein Pferd,
So hält er treue Laten
Noch frisch und sehenswert.
Allabendlich dann reitet,
Vor froher Kinderstube
Im Rientopp für zehn Pfennige
Der Totentopfhufar.

Damen-Konfektion

Elegante englische Kostüme

In allen Farben
30 bis 200 Mk.

Jackets, Mäntel,

Ulster

Blusen, Röcke

Wandervolle Fassons,
Erhabende Stoffe.

Anzahlung von 3 Mk. an.

Pelzkonfektion

Boas, Muffen, Garnituren.

Kredit

gewähre ich
Jedermann zu den kulantesten
Bedingungen.

Mein seit 22 Jahren
Bestehendes

Unternehmen bürgt für
größte Redlichkeit und
Preiswürdigkeit.

Pelzkonfektion

Boas, Muffen, Garnituren.

Herren-Garderobe

Anzüge, Paletots.

Ulster

Knaben-Anzüge
und Paletots.

Modernste eleganteste
Staffe und vornehmste
Fassons.

Anzahlung von 3 Mk. an.

Möbel

Kompl. Einrichtungen

von 200 bis 15.000 Mk.

Anzahlung
Voreinstück,
Eigene
Polsterwerkstatt.

Nic. Pindo
Nachf.

M. GRAU

Nr. 4 Holzmarkt Nr. 4

parterre, 1., 2., 3., 4. Etage.

Fahrschl.

Bitte beachten Sie meine Schaufenster.

Möbel

Rinzeln Möbelstücke

in jeder

Stilart und Preislage

Anzahl von 3 Mk. an.

Eigene
Polsterwerkstatt.